

Politische Wochenschau.

Die Achtung der Ruhrarbeiter. — Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen. — Das milde Urteil im Kyriger Prozeß. — Verbesserung der Arbeitslosenversicherung. — Sieg der brillanten Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen. — Kabinettskrise in Frankreich.

Die Schwerindustriellen Rheinland-Westfalens haben ihrem brutalen Vorgehen gegen die Arbeiterschaft die Krone aufgesetzt, indem sie über alle aus ihrem Gebiet kommenden Arbeitnehmer die Arbeitsperrre, und zwar gleich für das ganze Reich, verhängt haben. Damit enthielten sie selbst ihre Behauptung, es handele sich bei dem großen Konflikt nicht um eine Aussperrung, weil sie doch den Arbeitern regelrecht gekündigt hätten, als blanke Heuchelei. Nur weil der Reichsarbeitsminister gewagt hat, einen Schiedsrichter für verbindlich zu erklären, der diesen Scharfmachern nicht gefällt, soll im ganzen übrigen Deutschland kein Ruhrarbeiter mehr beschäftigt werden. Mitschuldig an dieser schamlosen Verletzung jedes Rechtsgefühls ist der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der die Reichsacht der Ruhrindustriellen über die Arbeiter bestätigt hat. Die Herren werden sich aber täuschen, wenn sie glauben, mit derartigen Methoden die Arbeiter und ihre Organisationen auf die Knie zwingen zu können. Die Erbitterung über das Verhalten der Eisenmagnaten geht weit über die Kreise hinaus, die an dem jetzigen Kampf direkt beteiligt sind; sie wird dahin wirken, daß Vorkerkungen getroffen werden, die die Wiederholung derartiger Verletzungen von Recht und Gesetz unmöglich machen. Im übrigen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch Einbringung eines Antrags Vorsorge dafür getroffen, daß den Ausgesperrten Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird.

Der Reichstag hat bei seinem Zusammentritt am 12. November ein reiches Programm vorgefunden. Zuerst wird es sich darum handeln, den Ruhrkampf zu einem Ende zu bringen, das die Forderungen der Arbeiter erfüllt. Dann kommt die Frage der Panzerkreuzer, deren Bau die Sozialdemokraten durch einen von ihnen eingebrachten Antrag verhindern wollen. Die Deutsche Volkspartei will die Annahme des Antrags dadurch hintertreiben, daß sie mit dem Rücktritt des Reichswehrministers Groener und sogar des Reichspräsidenten Hindenburg droht. Die schwierigste Aufgabe wird die Fertigstellung des Etats für das nächste Jahr sein, bei dem infolge der hohen Reparationsleistungen ein Fehlbetrag von etwa 600 Millionen Mark zu decken ist. Welche Absichten der Reichsfinanzminister hat, um diese Summe aufzubringen, ist noch nicht bekannt. Man spricht vorläufig davon, daß die Erbschaftsteuer und die Abgaben auf alkoholische Getränke erhöht werden sollen.

Im Kyriger Landfriedensbruchprozeß ist jetzt das Urteil gesprochen worden. 42 der Angeklagten wurden freigesprochen, 13 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung zu Gefängnisstrafen von drei und vier Monaten verurteilt. Weil die Angeklagten aus einer Erregung heraus gehandelt hätten und alle bisher unbestraft waren, wurde ihnen eine Bewährungsfrist von zwei Jahren zugewilligt, gegen Geldbüßen von 400 bis 500 Mark. Dieses Urteil kommt der tatsächlichen Freisprechung, auch der Führer der Landbundrevolte, gleich. Es unterscheidet sich wesentlich von den harten Urteilen, die in den letzten Jahren wiederholt in Landfriedensbruchprozessen gegen Reichsbannerleute gefällt worden sind.

Der Reichsarbeitsminister hat durch eine Verordnung die Vorschriften über die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenunterstützung zugunsten der Arbeitslosen wesentlich gemildert. Die Grenze der Einnahmen der Angehörigen des Arbeitslosen, die bisher bei der Berechnung der Unterstützung auf 15 Proz. bemessen war, wurde auf 20 bis 30 Proz. hinaufgesetzt. Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung der Angehörigen wird nur noch mit der Hälfte als Einkommen angerechnet. Es sollen schließlich auch geringe Aufwandsentschädigungen für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter sowie Uebergangsrenten aus der Unfallversicherung außer Betracht bleiben.

Die englische Arbeiterpartei hat bei den Wahlen zu den Gemeinden einen großen Sieg errungen. Trotz des ungünstigen Wahlsystems konnte sie über 200 neue Siege erobern. Die Arbeiterpartei hat die Mehrheiten, die sie in einer Anzahl von Stadtparlamenten bereits besitzt, außerordentlich und dazu drei wichtige Städte neu erobert. Besonders erfreulich ist es, daß sie auch in London, wo ein schwieriger Boden zu bearbeiten ist, bedeutende Fortschritte gemacht hat. In 8 von den 28 Stadtbezirken Londons haben die Arbeiter jetzt die Mehrheit. Auch der Ausgang der Gemeindevahlen zeigt nach den ebenso gut verlaufenen Erfahrungswerten für das Unterhaus, daß die britische Arbeiterpartei mit den besten Aussichten in den großen Wahlkampf des nächsten Jahres ziehen kann. Bemerkenswert ist noch, daß die Kommunisten eine vollkommene Niederlage erlitten haben. Im Jahre 1923 konnten sie noch 11 Vertreter in die Londoner Stadterrennungen entsenden; diese wenigen Siege haben sie diesmal noch verloren.

In Frankreich ist das Kabinett Poincaré zurückgetreten. Den Anlaß dazu gaben die Beschlüsse des radikalsozialistischen Parteitagcs, die sich gegen das weitere Verbleiben in einer Regierung der „nationalen Einigkeit“ aussprachen. Das Kabinett Poincaré war vor zwei Jahren gebildet worden, um die Inflation zu beenden und die Stabilisierung der Währung durchzuführen. Das ist auch geschehen, aber es wurde immer schwieriger, das unnatürliche Bündnis zwischen Radikalsozialisten und rechten Nationalisten zu erhalten. So ernstlich Konflikte kam es, als die Abtät des Ministerpräsidenten bekannt wurde, einige religiöse Orden wieder zuzulassen. Auch die Lösung der Finanzfragen machte immer mehr Schwierigkeiten. Es ist möglich, daß Poincaré noch einmal wiederkehren wird. Sollte er seine ehemalige Berufung ablehnen, so dürfte eine Regierung aus den Radikalen gebildet werden, die unter der Führung der Radikalsozialisten steht. Es sei noch bemerkt, daß die Radikalsozialisten und Demokratisch-bürgerliche und nicht etwa eine sozialistische Partei sind, wie man nach ihrem Namen annehmen könnte.

Arbeitskampf und Börse.

I. Man laviert mit Kursen, auch in Textilaktien.

Bei den großen Arbeitskämpfen in den westdeutschen Textilzentren und besonders in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie hat die Börse eine ganz bestimmte und, wir müssen leider sagen, eine in der Öffentlichkeit viel zu viel beachtete Rolle gespielt. Gerade in den Papieren der großen Eisenkonzerne, die vor einigen Tagen mit nichts, als nichts 220 000 Arbeiter auf das Straßenpflaster warfen, bemerkte man schon wochenlang vor der Aussperrung ein Zurückgehen der Kurse. Sie machten zur fraglichen Zeit nur etwa 50 Proz. des vorjährigen Hochstandes aus. Natürlich hat sich das Unternehmertum beeilt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Erscheinung an der Börse hinzuwenden. Die Unternehmerrpresse machte einen sehr kühnen Schluß von der Kursentwicklung der Montanpapiere auf die Lage der Montanindustrie und folgerte, daß die vom Kurstiefstand angezeigte schlechte Situation der Eisenindustrie die Möglichkeit einer Lohnerrhöhung völlig ausschließe.

In Fachkreisen ist man sich allerdings darüber klar, daß der Kursrückgang der Montanpapiere an der Börse nicht begründet ist. Die großen Montanunternehmen stehen gegenwärtig vor der Veröffentlichung ihrer Bilanzen über das Jahr 1927/28. In diese Bilanzen fällt eine beispiellose Hochkonjunktur in der Eisenindustrie. Die Montanriesen können zum mindesten für das Jahr 1927/28 dieselbe Dividende zahlen wie im Vorjahre. Wenn sich trotz dieser guten Aussichten die Kurse halbierten und derart reduzierten, daß sie überhaupt nicht mehr in einem entsprechenden Verhältnis zu dem inneren Wert der Gesellschaften stehen, müssen für den Kursrückgang ganz andere als wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein. Für ein willkürliches Machen der Kurse spricht auch folgende Feststellung: Die Montankurse gingen solange zurück, wie die Unternehmer noch mit der Aussperrung drohten. Als die Aussperrung in Kraft trat, als jofusagen die Katastrophe in der Eisenindustrie Tatsache wurde, kletterten die Kurse wieder in die Höhe. Diese Erscheinung spricht gegen alle Erfahrung. Man kann doch annehmen, daß der Besitzer von Papieren einer Industrie, die von einer Kiesenaussperrung bedroht ist, seine ganze Spekulation darauf anlegt, daß die Aussperrung vermie den wird, weshalb er seine Aktien behält. Für eine solche Annahme lag im Eisenkonflikt angesichts der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches jeder Grund vor. Trotzdem senkten sich die Kurse. Am Tag nach der Aussperrung war andererseits anzunehmen, daß kein Mensch Eisenaktien kaufen wird und daß sich die Kurse nicht erholen werden. Das Gegenteil trat ein: Es wurden Eisenaktien gekauft und die Kurse besserten sich. Aus alledem kann man doch nur schließen, daß die Eisenindustrie ganz systematisch die Entwicklung der Montankurse beeinflusst.

Auch in Textilaktien konnte man ähnliches feststellen. Allerdings hat man hier weniger mit Börsenoperationen gearbeitet. Anschließend ergibt sich in Textilien nicht das erforderliche Befähigungsfeld für eine Kursbeeinflussung. Das liegt aber nicht an den Textilindustriellen, sondern nur daran, daß Textilaktien an der Börse eine weit geringere Rolle spielen als die Montanaktien.

II. Keine wirtschaftliche, sondern zweckmäßige Dividende.

Hier und da sind die Unternehmer sogar soweit gegangen, durch Ermäßigung der Dividende die Kurse zu beeinflussen. Ein treffendes Beispiel dafür ist die letzte Bilanz des Klödner-Konzerns. Der Klödner-Konzern ist einer der kleinsten Montanriesen in Rheinland und Westfalen, der aber immerhin in seinen Berg- und auf seinen Eisenwerken 30 000 bis 35 000 Menschen beschäftigen dürfte gegenüber einer Belegschaft des größten Montanriesen, der Vereinigten Stahlwerke A.-G., in Höhe von über 180 000 Mann. Der Leiter dieses Konzerns, Peter Klödner, der der Zentrumspartei nahesteht, hielt es für angebracht, die Dividende von 7 auf 6 Proz. zu reduzieren, obwohl sich die Ueberschüsse steigerten und obwohl die ganze Bilanz verrät, daß man wiederum auf die Bildung von stillen Reserven den größten Wert gelegt hat. Diese Bilanz erschien auch in den Tagen, als die Aussperrung der rheinisch-westfälischen Eisenarbeiter zur Debatte stand. Das dürfte wohl auch der Schlüssel für die Dividendenpolitik bei Klödner sein. Finanzielle Gründe für eine Dividendenverringering sind in der Bilanz nicht zu entdecken, und die Verwaltung des Klödner-Konzerns beschränkt sich auch darauf, ihre Maßnahmen mit allgemeinen Redensarten zu begründen.

Eine ähnliche Dividendenpolitik scheint auch bei den Textilindustriellen mehr und mehr in Übung zu kommen. Von den Bilanzen der Textilindustrie, die alljährlich im Herbst erscheinen, sind allerdings bis jetzt nur die Abschlüsse kleinerer Unternehmungen erschienen, deren Ausweise für die Beurteilung der Situation kaum von Bedeutung sind. Aber sie zeigen bereits die Tendenz der Dividendenpolitik an, die auf eine Senkung der Dividende ausgeht. Gründe sind dafür gerade wie beim Klödner-Konzern nicht vorhanden. Man reduziert die Dividende eben aus Zweckmäßigkeitsgründen. Man schüttet nicht die Dividende aus, die man auf Grund der wirklich erzielten Gewinne zahlen könnte, sondern die Dividende, die man zahlen will. Die Dividendenpolitik scheint gewisse Mächenschaften an der Börse ergänzen zu sollen. Und ohne Zweifel haben die verschiedenen Äußerungen prominenter Industrieführer und verschiedene Darlegungen in den Vorstandsberichten der bisher erschienenen Abschlüsse für 1927/28 die Wirkung gehabt, daß man allgemein an einen Rückgang der Dividende glaubt, was natürlich auf die Börsenkurse einwirken mußte. Hier muß jedoch eine Einschränkung gemacht werden. Die Fachleute an der Börse, die eigentliche Spekulation, lächelt über die dunklen Prophezeiungen der Industrie über einen allgemeinen Dividendenrückgang. Sie ist besser orientiert. Aber auch sie kann nicht verhindern, daß die Kurse zu gegebener Zeit zusammenbrechen, daß die Faktur der Industrie über die Faktur des Börsenspekulanten steigt. Die Frage, wie das möglich ist, bedarf einer kleinen Kommentierung.

III. Börse oder Spielklub?

Es ist vielleicht am zweckmäßigsten, wenn man überhaupt fragt, ob es überhaupt in Deutschland noch eine Börse gibt? Die Börse, von der unsere volkswirtschaftlichen Lehrbücher erzählen, ist ein Wirtschaftsinstrument und ein sehr feines Wirtschaftsinstrument. So steht es, wie bereits gesagt, in den Lehrbüchern. Früher mag das auch mal so gewesen sein.

heute ist es jedenfalls anders. Früher gab die Börse der Industrie wirklich Gelegenheit, seine Produktion zu finanzieren, Gelder für sein Geschäft aufzutreiben. Er gab junge Aktien oder neue Obligationen zur Börse. Das kapitalkräftige Publikum kaufte diese neuen Papiere, und so kam die Industrie zu Geld und finanzierte sich. An der Berliner Börse wurden vor dem Kriege Millionen und aber Millionen pro Tag umgesetzt. In der Art und Weise, wie die großen Kapitalisten an der Börse Geschäfte machten, kam wirklich ihre Meinung über die wirtschaftliche Situation zum Ausdruck. So wurde die Börse das berühmte Wirtschaftsbarometer.

Heute ist das anders, ganz anders. Heute gibt es vor allem an der Börse Kurschwankungen von Stunde zu Stunde und in festem Ausmaß. Auch vor dem Kriege haben schon die Kurse geschwankt; aber Sprünge, wie wir sie heute erleben, gab es nur, wenn wirklich Gründe vorlagen. Heute gehen die Eisen-Montanaktien um 50 Proz. zurück und alle Welt fragt, worin dieser Rückgang begründet ist. Heute werden auch keine Millionen mehr an der Börse umgesetzt. Der Geschäftsumfang hat sich, verglichen mit der Zeit vor dem Kriege, auf einen winzigen Bruchteil vermindert. Die Zahl der Börsenbesucher aber hat sich erhöht. Wo vor dem Kriege nur Duzende handelten, wollen heute Hunderte verdienen. Es sind nicht nur die kleinen freien Makler, die heute an der Börse so wenig verdienen, daß es zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist.

Vor allem hält sich der große Finanzkapitalismus von der Börse fern. Eine gut funktionierende Börse ist immer der Ausdruck eines freien Geldmarktes. Der Geldmarkt aber hat bei uns seine Freiheit verloren. Die Dividende wird nicht mehr festgesetzt nach dem Kapitalangebot und nach der Kapitalnachfrage bzw. nach den Gewinnen, sondern nach allerhand anderen Gründen. Was soll der große Kapitalist eigentlich an der Börse, wo er sich nur unmotivierten Kurschwankungen aussetzt? Er verwertet sein Geld außerhalb der Börse. So sind die Kanäle der Kapitalleitung, die früher über die Börse gingen, ganz andere geworden. Die Spekulation bleibt an der Börse unter sich und schiebt Aktien am Tage mehrere Male hin und her, um so einigermaßen auf die Kosten zu kommen.

Das ist aber nicht mehr der Ort, wo sich das Kapitalangebot und die Kapitalnachfrage in einer Wirtschaft schneiden. Das ist nur noch ein Spielklub, und weil diese Börse ein Spielklub ist, erklärt sich auch die Möglichkeit, daß die Industrie die Kurse treibt, wenn sie es für notwendig befindet, und daß die Kurse fallen, wenn man es für notwendig hält. Vor einigen Tagen stieg das Papier einer ganz unbedeutenden Berliner Gesellschaft, der Brandenburger Holzindustrie, auf Grund verschiedener Schwindelmannöver von ungefähr 40 Proz. auf über 200 Proz. Der Kurs wäre auch wieder auf 40 Proz. gefallen, wenn man die Schieber nicht zufällig gefaßt hätte. Aber in wieviel Fällen werden sie nicht gefaßt?

IV. Kurs als sozial- und lohnpolitische Kampfmittel.

Nach dieser Betrachtung der heutigen Börse wird einem schon klarer, weshalb die Montanpapiere vor der Aussperrung fielen und nach der Aussperrung in die Höhe gingen. Die ganze Widersinnigkeit löst sich in eine Kampfhase gegen die Arbeiterschaft, gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften auf. Das muß beachtet werden. Was gestern in der Montanindustrie passierte und teilweise auch in der Textilindustrie festzustellen war, kann sich heute oder morgen in jeder anderen Industrie wiederholen.

Die Montanindustriellen rechneten auf jeden Fall mit der Aussperrung in der Eisenindustrie. Deshalb benutzten sie die Möglichkeiten der Börse, um ihre Position in den Lohnkämpfen zu verstärken. Sie verkauften ihre Papiere und machten bei den damaligen befriedigenden Kursen ein gutes Geschäft. Noch besser sollte das andere Geschäft werden, das man mit dem künstlichen Druck auf die Börsenkurse zu erreichen hoffte. Wenn man Tag für Tag Aktien auf den Markt wirft, wie das die Montanindustriellen taten, dann wird der Kurs heruntergedrückt; damit konnten aber die Montanindustriellen ihr Geschrei erheben: seht die niedrigen Kurse an der Börse, seht wie schlecht es uns geht. Die Börse wurde hier ganz eindeutig als Mittel im Lohnkampf benutzt.

Dann kam die Aussperrung, und für die Montanindustriellen ergab sich aus zwei Gründen die Notwendigkeit, die Papiere zurückzukaufen. Einmal konnten sie die zum Markt gegebenen Papiere nicht dauernd veräußern, weil sie ihren Besitz sichern müssen. Des anderen waren jetzt die Papiere billig, und wenn man sie zurückkaufte, machte man ein gutes Geschäft. Das tat man ausgiebig. So erklärt sich das Steigen der Montanpapiere nach der Aussperrung. Einmal war die Kursbewegung, als sie nach unten ging, Kampfmaßnahme gegen die Arbeiterschaft, dann, als die Aufwärtsbewegung einsetzte, Geschäft, nichts weiter als Geschäft.

V. Nutzenwendung.

Unsere Ausführungen dürften gezeigt haben, daß es ganz verkehrt und unsinnig ist, vom Stand der Kurse einer bestimmten Industrie auf die Lage der Industrie zu schließen. Werden die Kurse von den Unternehmern nicht schon an der Börse zweckentsprechend behandelt, so bleibt ihnen immerhin die Möglichkeit, durch eine Zweckdividende den Kurs so zu regulieren, wie man ihn haben möchte. Die Kursentwicklung an der Börse hat heute für die Beurteilung der Lage einer Industrie oder einer Gesellschaft so gut wie gar keine Bedeutung mehr. Die Börse ist Spielklub, in dem leider sehr oft gegen die Arbeiterschaft gespielt wird.

Wir möchten noch unser Urteil erweitern: Auch eine Konjunkturbeurteilung der ganzen Wirtschaft muß sich von den Vorgängen an der Börse freihalten. Vielleicht stehen wir in nächster Zeit vor einer allgemeinen Erholung der Börsenkurse. Das hat mit der Wirtschaftsentwicklung nichts zu tun, sondern diese Erholung hängt davon ab, ob wir in der nächsten Zeit, nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, neue amerikanische Anleihen nach Deutschland hereinbekommen oder nicht. Kommen Anleihen nach Deutschland herein, so werden sie nicht sofort in die Wirtschaft abwandern, sondern sie werden eine kleine Station, bis zum Abruf, an der Börse machen. Dann wird man im Spielklub Börse mit etwas höherem Point spielen. Sonst nichts. Alles andere wird beim alten bleiben. Friedrich Dil.

Die Textilindustriellen verteidigen sich.

Zu welchen Mitteln die Textilarbeitgeber greifen, um ihre beabsichtigte Aussperrung im Rheinland und Westfalen zu rechtfertigen, zeigt eine in den Bielefelder Betrieben ausgehängte Bekanntmachung, die wir ohne Kommentar nachfolgen lassen:

Zur Aufklärung.

Die Gewerkschaften haben in Flugblättern und Versammlungen eine Darlegung der Vorgeschichte der Aussperrung in der Textilindustrie von Rheinland und Westfalen gegeben, die in der Öffentlichkeit wohl den Glauben erwecken soll, als ob die Arbeitgeberverbände der Textilindustrie — sogar unter Bruch der bestehenden Tarifverträge — den Kampf provoziert hätten.

Die Darstellung ist eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung. Es sei daher folgendes festgestellt:

1. Tatsache ist:

daß die örtlichen Textilarbeitergewerkschaften zunächst in Düren und kurze Zeit danach in München-Glabbech und Rhedt im Auftrag ihrer Zentrale die Tarifverträge bei der erfindlichen Gelegenheit gekündigt und — trotz der anerkannt ungünstigen wirtschaftlichen Lage in der gesamten deutschen Textilindustrie — neue weitgehende Forderungen gestellt haben,

daß die Arbeitgeber in Düren und München-Glabbech sich ernstlich um die Erhaltung des Wirtschaftsriedens bemüht haben, indem sie sich bereit erklärten, die bisherigen Tarifverträge mit ihren durch die Schlichtungsinstanzen festgelegten Konjunkturdifferenzen des Jahres 1927 unter Zurückziehung der Abbauforderungen, trotz der augenblicklichen ungünstigen Lage ungekürzt zu verlängern;

ferner: daß die Gewerkschaften diese Vorschläge rundweg abgelehnt haben;

daß die Gewerkschaften in Düren im Auftrag ihrer Zentrale den offenen Kampf mit einem Teilstreik begonnen haben.

Im Protokoll der Betriebsratsitzung der Firma Thomas Josef Heimbach, welche dem Ausbruch des Streiks voranging, heißt es:

„Der Vorsitzende des Arbeiterrates, Herr Josef Bois I, überreichte die handschriftlich unterschriebene Kündigung der Weberschaft mit den Worten: „Wir kündigen vierzehntägig im Auftrag der Weberschaft und unserer zentralen Gewerkschaften.“

daß in beiden Bezirken die Arbeitgeber erst nach Ablehnung ihrer Vorschläge die nötigen Abwehrmaßnahmen durchgeführt haben.

Wer ist also der Angreifer, wer der Angegriffene? Will man etwa glauben machen, daß es ohne gewerkschaftliche Tarifkündigung, ohne gewerkschaftliche Forderungen, vor allem ohne gewerkschaftlichen Teilstreik zum Kampfe gekommen wäre?

2. Tatsache ist ferner:

daß es sich in Düren und München-Glabbech, wie auch von den Gewerkschaften in den Verhandlungen ausdrücklich zugegeben wurde, nicht um dringliche Vorgänge, sondern um eine zentral angeordnete und geleitete Bewegung handelt, durch welche der gesamten deutschen Textilindustrie neue Lohnverordnungen aufgebauet werden sollen. Deshalb sind ja auch die ganzen Vor- und Schlichtungsverhandlungen in Düren und München-Glabbech nicht von den örtlichen Gewerkschaftsführern oder den Gauleitern, sondern von Herrn Feinhals von der Berliner Zentrale des Textilarbeiterverbandes und Herrn Böing von der Zentrale der christlichen Textilarbeitergewerkschaft persönlich geführt worden.

Tatsache ist auch:

daß die Textilarbeitergewerkschaften mit allen Mitteln versuchten, den kleinen Dürener Verband dadurch erst zu isolieren, dann zu erdrücken, daß sie in den übrigen Textilbezirken eine ausgebreitete Aussperrungstaktik bei ihren Lohnverhandlungen betrieben. Erst hierdurch sahen sich die Arbeitgeberverbände zu größeren Abwehrmaßnahmen gezwungen.

Also:

Die Textilarbeitergewerkschaften organisieren planmäßig eine große Bewegung, um der deutschen Textilindustrie neue Belastungen aufzuzwingen, die sie bei der allgemein bekannten, von allen Behörden offen anerkannten außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage nicht tragen kann. Wenn die Arbeitgeberverbände dagegen zur Erhaltung der Existenz der Betriebe — und damit auch der Arbeiter! — vor allem gegen die Streikerei Abwehrmaßnahmen treffen, „so provozieren sie den Kampf!“ — behaupten die Gewerkschaften.

Auch hier wieder die Frage: Wer ist der Angreifer und wer der Angegriffene?

3. Tatsache ist schließlich:

daß von keinem der Arbeitgeberverbände der Textilindustrie ein Tarifvertrag gebrochen wurde. Die Sympathieaussperrung ist rechtlich durchaus zulässig (Reichsgerichtsurteil) und verletzt in keiner Weise die Friedenspflicht aus dem eigenen Tarifvertrag, da dieser eigene Tarifvertrag ja gar nicht befristet wird.

Die großen Worte in der bekannten „Rundgebung“ des christlichen Textilarbeiterverbandes über die angebliche „stivole“ Zerstörung des Wirtschaftsriedens und die beabsichtigte Zerklüftung der christlichen Gewerkschaften durch die Arbeitgeber stellen sich als völlig unbegründete, lediglich auf Irreführung der Öffentlichkeit berechnete Vorwürfe heraus, die außerdem im Hinblick auf den Vorwurf des angeblichen Vertragsbruchs einen bedauerlichen Mangel an Rechtskenntnis erkennen lassen.

Haß bis über den Tod hinaus!

Die „rote Fahne“ läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um nicht die Gewerkschaftsführer zu verleumden und zu beschimpfen. Selbst vor der Majestät des Todes macht sie nicht halt. Auch der Tod ist ihr willkommen, um ihr trauriges Handwerk auszuüben. Hermann Jäckel verleumdet die „rote Fahne“ nachträglich wie folgt:

„In seiner Tätigkeit als sächsischer Arbeitsminister zeichnete er sich durch rücksichtsloses Eintreten für die Interessen des sächsischen Unternehmertums aus. Auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wußte er sich die Anerkennung nicht nur des „Vorwärts“, sondern auch der Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz zu erwerben.“

Dabei steht fest, daß gerade der Kollege Jäckel sich als sächsischer Arbeitsminister den Haß des Unternehmertums zugezogen hatte, indem er eine Verordnung zum Schutze der achtstündigen Arbeitszeit herausgegeben hatte. Gerade als Arbeitsminister in Sachsen hatte Jäckel die Interessen der Ar-

Abschied von Hermann Jäckel.

Ein grauer, düsterer Novembertag, durch dessen Wolkenwand am Himmel sich die Sonne nur selten Durchbruch verschaffen konnte, ein Tag, wie wir ihn nur im Herbst, wo das Sterben der Natur einsetzt, haben, und wo die Menschen auch von ihr Abschied nehmen müssen, neigte sich dem Ende zu, als sich im Krematorium in der Gerichtstraße in Berlin eine große Trauergemeinde versammelte, um für immer Abschied zu nehmen von unserem viel zu früh verstorbenen Verbandsvorsitzenden, unserem

Hermann Jäckel.

Neben den Mitgliedern des Hauptvorstandes und den engeren Mitarbeitern des Verschiedenen, den Angestellten der Hauptverwaltung, hatten sich Vertreter des Verbandsausschusses und -rates, sowie Vertreter der Gauleitungen und Ortsgruppen des ganzen Reiches eingefunden, um ihrem Führer die letzte Ehre zu erweisen. Von der Union der Textilarbeiter des tschechoslowakischen Staatsgebietes war Genosse Kolscher-Reichenberg anwesend. Daneben sah man Vertreter fast aller befreundeten Gewerkschaften Deutschlands. Für den Vorstand des DGB war Genosse Grafmann, für den Parteivorstand der SPD die Genossen Weis, Crispian und Dittmann erschienen. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ vertrat Genosse Umbreit, die Redaktion des „Vorwärts“ die Genossen Prager und Eklarn, die

Im Namen der Textilarbeiter-Internationale sprach für den selbster nicht mehr rechtzeitig in Berlin eingetroffenen Genossen Shaw-London Genosse Kolscher-Reichenberg (Tschechoslowakei). (Starke Nebelbildung auf hoher See verursachte große Schiffsverpätungen und verhinderte — nach einer Drohmeldung — Genossen Shaws rechtzeitiges Eintreffen.) Auch Genosse Kolscher zeichnete Hermann Jäckel als einen Führer, der, ausgestattet mit großen Geistesgaben, der Internationale gute Dienste leistete, und deren guter Berater im Kampf gegen die Gegner er jederzeit war. In bewegten Worten, die tief erschütternd auf die Anwesenden wirkten, nahm auch er Abschied vom Kollegen und Freund.

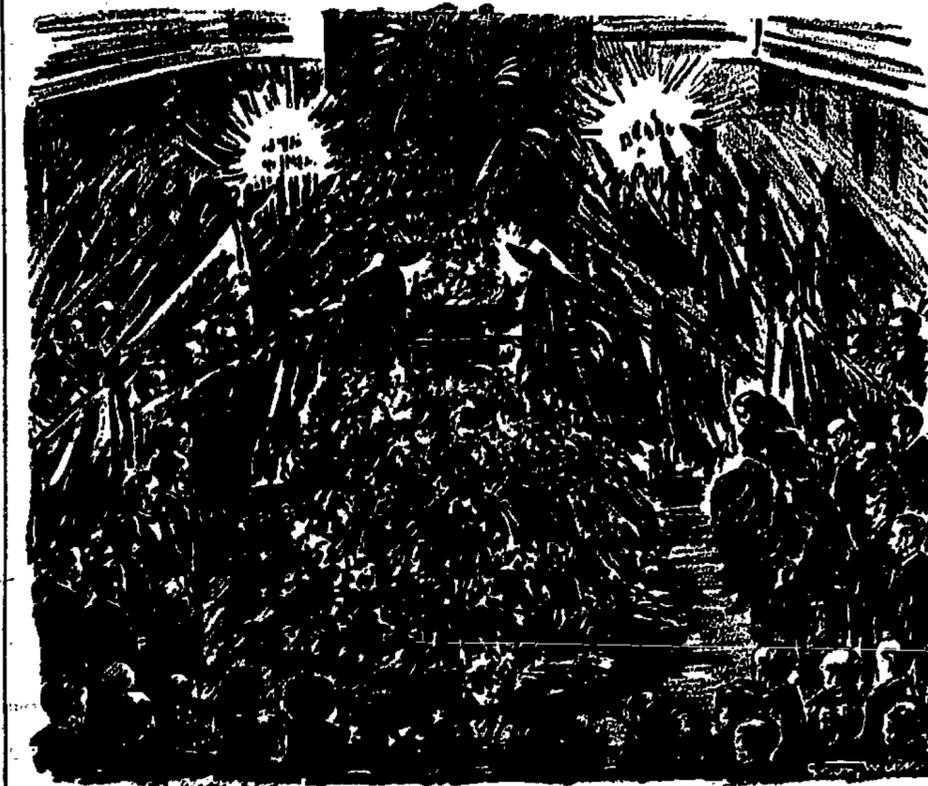
Als Vertreter des Bezirkes Zwickau-Plauen und des Ortsvereins Plauen der SPD rief Genosse Rißche-Plauen dem treuen Partei- und Weggenossen die letzten Abschiedsgrüße nach.

Ein Vertreter des Verbandes für Freientertum und Feuerbestattung, dessen Mitglied Hermann Jäckel war, dankte dem Toten im Namen dieser Organisation. Durch seine Mitgliedschaft hat der Verstorbene auch den Fortschritt auf dem Gebiete des Bestattungswesens die Wege geebnet. Er richtete gleichfalls, wie alle übrigen Redner, Worte des Trostes an die Hinterbliebenen, die der aufrichtigen Teilnahme am schmerzlichen Verlust hunderttausender Brüder und Schwestern, die Hermann Jäckel kannten oder von seinem Wirken wußten, versichert sein können.

Nachdem das Lied „Fahr wohl auf immerdar“ verklingen, senkte sich unter den Klängen des „Ave Maria“ der Sarg mit dem, was am Menschen sterblich ist, in die Tiefe, um der lodernen Flamme übergeben zu werden.

Die schwarzumflorten, roten und schwarzrotgoldenen Fahnen senkten sich zum letzten Abschiedsgruß für Hermann Jäckel, der ein treuer Kämpfer und allen ein guter Kollege, Genosse und Freund war.

Als Zeichen der innigen Teilnahme weiter Kreise an dem Verlust, den die Familie durch den Tod des Vaters und der Verband durch den Tod des Führers erlitten hat, haben auch die vielen äußeren Trauerbezeugungen zu gelten. Unter dem großen Berg von Kränzen und Blumen, die am Sarg des Verstorbenen niedergelegt wurden, befanden sich neben denen der Verbandskörperschaften wie Hauptvorstand, Ausschuß, Beirat, Gauleitungen, Ortsverwaltungen und Angestellten der Haupt- und Gauverwaltungen, auch viele Kränze von anderen Korporationen. Soweit es festgestellt werden



Die Fahnen senkten sich zum letzten Gruß

„Vorwärts-Druckerei“ und den Verlag die Genossen Rieck, Jäger und Röderich. Genosse Spinski-Leipzig vertrat die Sozialdemokratische Partei des Freistaates Sachsen; Genosse Graupe-Zwickau die Landtagsfraktion der SPD, Sachsen; Genosse Rißche-Plauen den Bezirk Plauen-Zwickau, dessen Wahlkreis Hermann Jäckel lange Jahre im Reichstag vertrat. Das Reichswirtschaftsministerium war durch Herrn Geheimrat H. a. g. mann, die sächsische Regierung durch den Oberamtmann Dr. Gradnauer-Berlin, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Herrn Koch vertreten.

Banner und Fahnen des Verbandes, der SPD und des „Reichsbanners“ umsäumten den mit unzähligen Blumengewinden und Kränzen überdeckten Sarg, als die ergreifende Trauerfeier, die mit dem Chopin'schen Trauermarsch eingeleitet wurde, begann. Das Volkslied „Quartett“ des Verbandes für Freientertum sang das Lied vom „Sohn des Volkes“, dessen einer auch Hermann Jäckel war und Zeit seines Lebens blieb.

Im Namen des Hauptvorstandes unseres Verbandes sprach Kollege Karl Schrader letzte Worte des Dankes, der Ehrung und des Gedenkens an der Bahre des verdienstvollen Führers der Organisation, des lieben Kollegen und treuen Freundes. In schlichten aber ergreifenden Worten zeichnete er noch einmal das Lebensbild und Lebenswerk Hermann Jäckels auf, dessen Leben und Wirken nur der Sache der Arbeiterschaft galt. Von früh auf schon Müh und Arbeit kennend, blieb Hermann Jäckel, auch als er die höchsten Posten, die die Arbeiterbewegung zu vergeben hatte, einmahn, stets einfach und schlicht, blieb er der Protokollarier. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband, der durch den Tod Hermann Jäckels einen fast unersehlichen Verlust erlitten, der seine heutige Größe und Stärke und seine Erfolge im Kampfe mit einem rücksichtslosen Unternehmertum nicht zuletzt der Schaffenskraft Hermann Jäckels zu danken hat, wird seiner für alle Zeit ehrend gedenken. Nach Worten des Trostes an die Hinterbliebenen gelobte Kollege Schrader im Namen der Gesamtorganisation, im Geiste Hermann Jäckels weiterzuarbeiten.

Für den Bundesvorstand des DGB, für die Sozialdemokratische Partei und deren Reichstagsfraktion sprach Genosse Peter Grafmann. Nicht nur die Familienangehörigen und nicht nur die Textilarbeiterschaft, sondern die gesamte deutsche Arbeiterschaft trauert um Hermann Jäckel, dessen Tätigkeit weit über den Rahmen seines Verbandes, dessen Vorsitzender er war, hinausreichte. Der Tod hat mit ihm einen Reichen von uns genommen, dessen Willens- und Charakterstärke und dessen Ueberzeugungstreue ihm die Kraft gab, auf allen Gebieten erfolgreich tätig zu sein. In gewerkschaftlicher wie politischer Hinsicht hat er mehr wie seinen Mann gehalten, weshalb er auch der gesamten deutschen Arbeiterschaft unvergesslich bleiben wird.

wurden Kränze niedergelegt vom Schweizerischen Textilarbeiter-Verband, Vorstand des DGB, Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, NW-Bundesvorstand, Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD, Vorwärts-Buchdruckerei und Verlag, Vorstand des Bütab, Gewerkschaften Hirsch-Dunder'scher Textilarbeiter, sowie folgenden Verbänden: Baugewerksbund, Einheitsverband der Eisenbahner, Metallarbeiter-Verband, Holzarbeiter-Verband, Bekleidungsarbeiter-Verband, Zentralverband der Schuhmacher, Hutarbeiter-Verband, Lederarbeiter-Verband, Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Zentralverband der Rajahinisten und Heizer, Verband der Maler und Lackierer und Verband der Lithographen und Steindruckere.

Groß war auch der Kreis derjenigen, die dem Hauptvorstand unseres Verbandes kondolierten. Neben den Gauleitungen, Ortsverwaltungen und Angestellten des DGB und den Vorständen der Zentralverbände seien folgende genannt:

Die ausländischen Bruderverbände der Schweiz, Tschechoslowakei (Reichenberg und Brünn), Oesterreichs, Schwedens, Norwegens, Frankreichs, Ungarns, Hollands, Belgiens und des Elsaß; der Vorstand des DGB, die Vorwärts-Buchdruckerei und der Zentralverband christlicher Textilarbeiter. Des weiteren das Archiv für Frauentunde und Konstitutionsforschung (gez. R. Hirsch), die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, die Reichstextilfraktion, der Enquete-Ausschuß, die Redaktion der „Textil-Zeitung“, der Verband sozialer Baubetriebe, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten die sächsische Regierung, das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium, sowie Dr. phil. Kurt Neu, Archivar B. Jahn, Professor von Bessen und Reichshauptmann Bzd-Dresden.

Es ist uns leider nicht möglich, den Wortlaut der vielen Telegramme und Zuschriften hier wiedergeben. Uebereinstimmend wurden in ihnen in anerkennenden Worten die Leistungen Hermann Jäckels gewürdigt und die Trauer über den erlittenen schmerzlichen Verlust zum Ausdruck gebracht.

Dank gesagt sei auch von dieser Stelle aus allen denen, die der Organisation ihr Beileid bezeugten.

Hermann Jäckel, unser Freund und Führer, ist nicht mehr. Sein Leib wurde der Flamme übergeben, sein Geist jedoch wird in uns weiterleben. Einer der großen Männer der Arbeiterbewegung, ein Mann, den die Textilarbeiterschaft in Stadt und Land verehrte, ist mit ihm von uns geschieden. Sein Name ist mit der Geschichte des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes aufs engste verbunden und wird aus ihm nie ausgeblüht werden. Ihm nachzueifern haben wir alle die Pflicht.

Einer seiner Freunde schrieb folgendes an uns, was wir alle uns auch zur Richtschnur in unserem ferneren Handeln und Wirken werden lassen wollen:

„Das ist des heutigen Tages tiefer Sinn, daß wir bewußt bekennen uns zum Leben: Denn unseres Toten Ehrung liegt darin, daß wir sein Werk der Zukunft weitergeben. Und ist auch schwer und trüb die Zeit, Wir führen aus, zu was sie uns gebot! Wir winden Kränze der Unsterblichkeit, Indem wir dankbar sind dem teuren Toten.“

beiterschaft im höchsten Maße wahrgenommen, und das hier Gesagte gilt auch für seine Tätigkeit am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Die „rote Fahne“ wollen wir mit diesem nicht bekehren, aber wir wollen die Ausführungen der „Roten Fahne“ niedriger hängen, damit ein jeder jeden kann, was für Schmuckfäden sich in der Redaktion der „Roten Fahne“ betätigen.

Jedem Herbst wird ein Frühling folgen...

Dem Toten.

„Ich sie haben
Einen guten Mann begraben;
Und uns war er mehr.“

Frei nach Matthias Claudius.

Hermann Jädel ist von uns gegangen. Ihm, der so vielen Hilfe brachte, der so vieles Leid zu lindern vermochte, ihm konnte leider nur der Tod Erlöser sein. Die Textilarbeiterinnen haben dadurch viel verloren. Sie müssen auf ihren Führer, Freund, Berater und Wegbahner verzichten. Denn Hermann Jädel mühte sich, wie selten ein Mann, dem Problem Frauenfrage gerecht zu werden. Er war es, der immer wieder darauf hinwies, wie nötig es ist, daß die vorwärtstrebende Arbeiterklasse sich der Bedürfnisse der Frauen annehme, die Frauen zu Mitkämpfern heranzüchtele.

„Wenn wir die Arbeiterinnen nicht dazu bringen, Initiative zu entwickeln, dann wird der Verband eines Tages zusammenbrechen; wenn es uns nicht gelingt, die Arbeiterinnen als tätige Mitglieder zu gewinnen, dann ist der Verband ein 'tönerer Koloss', das waren einige seiner mahnen- den anfeuernden Worte. Sobald es um Arbeiterinnenangelegenheiten ging, sparte er nie mit ihnen. Er wandte seine ganze Bereitschaft, sein großes Ansehen inner- und außerhalb des Verbandes auf, um die für nötig befundene Maßnahme zugunsten der Arbeiterinnen durchzusetzen. In solcher Art beeinflusste er die sozial-, tarif- und kulturpolitische Haltung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Achtstundentag — freier Sonnabendnachmittag — bezahlter Urlaub — gleicher Lohn bei gleicher Leistung — Ausbau des Arbeiterinnenschutzes — Arbeiterinnenkommissionen — Arbeiterinnenkurse und Konferenzen — das waren und sind Forderungen und Maßnahmen, die Ausschluß über den Erfolg seiner Einflußnahme geben.“

Wenn heute der Deutsche Textilarbeiter-Verband gegenüber dem Jahre 1907 das Dreifache an weiblichen Mitgliedern nüstert, wenn er einen Stamm erprobter weiblicher Funktionäre aufzuweisen vermag, dann ist dafür nicht zuletzt die Arbeit des Toten maßgebend gewesen. Er berichtete gar manchenmal, unauffällig und freundschaftlich, wenn es sein mußte aber auch ernst und fordernd diejenigen, die glaubten, den weiblichen Mitgliedern mehr als Mühsal, denn als Gleichberechtigte begegnen zu müssen. Die Kolleginnen selbstbewußt, schöpferisch tätig zu machen, erschien ihm eben als wichtigste Aufgabe.

Und die Kolleginnen dankten ihrem Verbandsvorsitzenden. Sie begeisterten sich für ihn, sie kamen mit großen und kleinen Beschwerden, sie saßten Mut und begannen nach seiner Anleitung, sonst aber durchaus selbständig, im Verbandsmitzuarbeiten. Die Frauen merkten gar wohl, hier ist einer, der nicht nur seinem klugen Verstande gehorcht; hier ist einer, der sich in ihre Welt, in ihre Kümmernisse einzufühlen vermag, der also auch dort versteht, wo logisch geordnete Worte versagen und das Gefühl, Erlebnisse und Wünsche übermitteln muß.

Dieser verständnisvolle Freund fehlt nun den Textilarbeiterinnen. Was ihnen aber geblieben ist, ist seine Forderung: Textilarbeiterinnen, werdet Gestalter des eigenen Geschicks. Hüten wir dieses Vermächtnis, indem wir uns mühen, dort fortzubauen, wo Hermann Jädel allzustrüß zu bauen aufhören mußte.

„Dieser Kongress soll ein neues Ziel aufstellen...“

„Ich danke allen verehrten Gästen, die ich aufgeführt habe, für ihr Erscheinen und hoffe, daß Sie, wie wir alle, von dieser Tagung einigen Nutzen haben werden, aus der Tagung einige Schlüsse ziehen können, die Wege zeigen zur Lösung des erwähnten Problems der Frauenerwerbsarbeit. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat bekanntlich seit etwa zwei Jahren sich im besonderen Maße der Frage zugewandt, inwiefern die Erwerbsarbeit der Frau in der Industrie vereinbar ist mit den Perioden der Schwangerschaft und der Menstruation. Wir haben die Frage geprüft, inwiefern die einzelnen Arbeitsmanipulationen auf den Organismus des Weibes schädigend einzuwirken imstande sind, und welche Maßnahmen zu treffen sind, um dieser Schädigung vorzubeugen. Wir sind damit zum ersten Male über das hinausgegangen, was man seit Jahrzehnten bereits getan hat. Die Forderungen der Arbeiterklasse auf Schutz der Schwangeren sind so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Solange es organisierte Arbeiter gibt und solange es eine organisierte Textilarbeiterbewegung gibt, ist die Forderung aufgestellt worden, daß Schwangere von einer bestimmten Zeit an von der Arbeit entbunden werden sollen. Aber all diese Forderungen wurden weniger gestellt als Ausfluß der geschlechtlichen Belastung der Frauen im Arbeitsprozeß, sondern viel mehr im Hinblick auf die doppelte Belastung des Weibes im Arbeitsprozeß mit materieller Arbeit, einmal als Hausfrau, die genötigt ist, den Haushalt zu versorgen neben ihrer Erwerbsarbeit, und auf die weitere Belastung, die ja auch beim Manne vorhanden ist, die aus der Erwerbsarbeit selbst fließt. Die einfache Schädigung durch die Erwerbsarbeit, wie sie beim Manne in die Erscheinung tritt, stark in der frühkapitalistischen Periode, allmählich gemindert durch die kulturelle Entwicklung der Nation, durch die Einwirkung der Arbeiterbewegung auf das gesamte öffentliche Leben — diese einfache Belastung an sich ließ sich selbstverständlich sehr leicht beseitigen. Schwerer war es schon, die Doppelbelastung der Frau, wie sie bei der Arbeit als Hausfrau notwendig in die Erscheinung tritt, zu beseitigen. Aber noch schwieriger ist es, das Problem der Frauenerwerbsarbeit von dem Gesichtspunkt aus zu lösen, daß die dem Geschlecht des Weibes anhaftenden Eigentümlichkeiten, die Periode der Menstruation, die, regelmäßig, wiederkehrend, beim Weibe fortgesetzt Störungen hervorruft, und die Periode der Schwangerschaft und der Entbindung, einen besonderen Schutz für das Weib notwendig macht. Wer mit offenen Augen im Arbeitsprozeß tätig ist, wer am Besten steht, als Arbeiterin usw. sich betätigt, und die Kollegin steht, wie sie alle vier Wochen sich in ihrer Gesichtsfarbe verändert, wie sie oftmals sich krümmt bei der Arbeit — natürlich nicht alle, aber ein Teil —, der weiß, daß nicht nur die Zeit der Schwangerschaft mit den einzelnen Manipulationen im Arbeitsprozeß unvereinbar ist, sondern daß auch die Periode der Menstruation besondere Schutzmaßnahmen notwendig macht. Welche Schutzmaßnahmen notwendig sind, das zu ergründen ist mir selbstverständlich nicht möglich. Aber wir hoffen, daß wir als Organisation, vereint mit den anderen Kräften der Nation, vereint mit der Wissenschaft, imstande sind, diese besonderen Schutzmaßnahmen zugunsten der arbeitenden Frauen zu finden. Wir sind alle jahrzehntelang in der Fabrik an diesen Dingen vorübergegangen, wir haben die Frauen gesehen, wie sie dort standen, kaum arbeitsfähig alle vier Wochen, wie sie als Schwangere dort standen mit hochgewölbtem Leibe, wir sind an ihr vorbeigegangen, jeder Schritt hinter dem Weib war ein Stoß für das schwangere Weib, jeder Schritt hinter dem Sektator hergelaufen und schnell nach einer anderen Walze gesprungen eine Schädigung für die schwangere Frau. Wir haben uns nichts dabei gedacht, wir haben nicht geglaubt, daß diese Störung, die durch den Stoß eintritt, Störungen der Frau für das ganze Leben zur Folge haben kann. So wie die Arbeiterklasse überhaupt erst allmählich zur Erkenntnis ihrer Interessen kommt, erkennen lernt, daß sie besondere Interessen hat, die sie durchsetzen muß im Interesse der gesamten Nation, so haben auch wir als einzelne erst allmählich erkannt, daß diese Art

Spulmaschine steht, als Färberin usw. sich betätigt, und die Kollegin steht, wie sie alle vier Wochen sich in ihrer Gesichtsfarbe verändert, wie sie oftmals sich krümmt bei der Arbeit — natürlich nicht alle, aber ein Teil —, der weiß, daß nicht nur die Zeit der Schwangerschaft mit den einzelnen Manipulationen im Arbeitsprozeß unvereinbar ist, sondern daß auch die Periode der Menstruation besondere Schutzmaßnahmen notwendig macht. Welche Schutzmaßnahmen notwendig sind, das zu ergründen ist mir selbstverständlich nicht möglich. Aber wir hoffen, daß wir als Organisation, vereint mit den anderen Kräften der Nation, vereint mit der Wissenschaft, imstande sind, diese besonderen Schutzmaßnahmen zugunsten der arbeitenden Frauen zu finden. Wir sind alle jahrzehntelang in der Fabrik an diesen Dingen vorübergegangen, wir haben die Frauen gesehen, wie sie dort standen, kaum arbeitsfähig alle vier Wochen, wie sie als Schwangere dort standen mit hochgewölbtem Leibe, wir sind an ihr vorbeigegangen, jeder Schritt hinter dem Weib war ein Stoß für das schwangere Weib, jeder Schritt hinter dem Sektator hergelaufen und schnell nach einer anderen Walze gesprungen eine Schädigung für die schwangere Frau. Wir haben uns nichts dabei gedacht, wir haben nicht geglaubt, daß diese Störung, die durch den Stoß eintritt, Störungen der Frau für das ganze Leben zur Folge haben kann. So wie die Arbeiterklasse überhaupt erst allmählich zur Erkenntnis ihrer Interessen kommt, erkennen lernt, daß sie besondere Interessen hat, die sie durchsetzen muß im Interesse der gesamten Nation, so haben auch wir als einzelne erst allmählich erkannt, daß diese Art

**Lebend warst du uns gestorben,
Doch gestorben wirst du leben!
Deine kühne Kämpferseele
Wird um unsere Fahnen schweben.
Und dein Mannaeswort, das warm,
Das gewohnt, ins Herz zu dringen,
Immer wird es, Hebräisch mahmend,
Uns im Herzen wiederklingen.**

Max Kegel.

der Arbeit angeht, der fortgeschrittenen Technik einer großen Kulturration unwidrig ist, daß es notwendig ist, vereint mit den dazu berufenen Fachleuten darüber nachzudenken, wie diese Schäden zu beseitigen sind. Gewiß gibt es auch Leute — ich brauche nur an den famosen Professor Martin, den ärztlichen Leiter einer Hebammenanstalt in Elberfeld zu erinnern —, die der Ansicht sind, wie er das in einem langen Gutachten im Auftrag der Arbeitgeber dargelegt hat, daß diese Söhne gar nichts ausmachen, daß die Frucht innerhalb einer Materie liegt, wo sie beweglich, elastisch hin und her gleitend werden kann. Ich würde dem Arzt wünschen, daß er einmal schwanger würde. (Heiterkeit und Sehr gut!) Weib ist das nicht möglich. Wer als ich das las, habe ich an das Wort von Karl Marx gedacht: „Das Kapital hat den Arzt, den Mann der Wissenschaft, zu seinem bezahlten Lohnarbeiter gemacht.“ (Sehr richtig!) Ich bin selbstverständlich kein Feind der ärztlichen Wissenschaft, im Gegenteil, wir wissen, die Forschung der ärztlichen Wissenschaft im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte hat der Arbeiterklasse unendlich viel Waffen in ihrem Kampf um Freiheit, um Licht, um Arbeit und Brot geliefert. Aber wir wissen auch, der Kapitalismus hat in seiner Frühzeit nicht nur die Arbeiterklasse demoralisiert und degeneriert, sondern auch die Männer der Wissenschaft. Ich denke daran, wie zu der Zeit, als wir in Crimmitschau in heftigem Kampf um den Zehnstundentag standen, die Ärzteorganisation von Crimmitschau in einer öffentlichen Erklärung den Unternehmerargumenten beitrug und zum besten gab, der Gesundheitszustand in Crimmitschau lasse nichts zu wünschen übrig. (Hört! Hört!) Dabei piffen es die Späßen von den Dächern, daß gerade Crimmitschau — ich erinnere an die Schrift des Regierungsrats Dr. Martin — die höchste Säuglingssterblichkeit im ganzen Deutschen Reich aufzuweisen hat, die aus der Tatsache resultiert, daß die Arbeit verheirateter Frauen in Crimmitschau in der Textilindustrie am stärksten verbreitet ist. — Also ist es der Zweck dieser Versammlung, in dieser Richtung für den Schutz der Frau in der Textilindustrie zu wirken. Es ist das ein großes Problem, und wir können stolz darauf sein, daß wir den Stein dieser Bewegung ins Rollen gebracht haben.

Hebammenkosten in der Wochenhilfe.

Die reichsgefähliche Wochenhilfe, die die Krankenkassen ihren weiblichen Mitgliedern unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis einer bestimmten Mitgliedszeit usw.) gewähren müssen, zerfällt nach den Bestimmungen in verschiedene einzelne Leistungen. Es wird gewährt: Wochenlohn, Stillschuld, Entbindungshilfe, freie ärztliche Behandlung, freie Arznei bei der Entbindung und außerdem noch die Kosten für die Hebamme. Die Kosten für die Hebamme werden von den Kassen direkt bezahlt. Die Hebammen dürfen nicht mit Forderungen an die Wöchnerin oder an die Angehörigen derselben herantreten. Die Reichsversicherungsordnung sieht dies auch ausdrücklich vor. Es heißt darüber im § 376a: Die Krankenkassen haben den Betrag für die Hebammen unmittelbar an die Hebamme zu zahlen. Die Hebamme ist nicht berechtigt, weitergehende Ansprüche an die Wöchnerin zu stellen.“ Troßdem dies also klar und fest im Gesetz festgelegt ist, ereignen sich doch in der Praxis täglich Fälle, in denen die Hebammen von den Wöchnerinnen noch direkt eine Zuzahlung fordern, Extraentschädigung usw. Dies wird von den betreffenden Geburtshelferinnen meist damit begründet, daß ihre Mühewaltung so erheblich gewesen ist, daß die Entschädigung der Krankenkasse für dieselbe unzureichend sei. Da nun die Wöchnerinnen oder deren Angehörige die gesetzlichen Bestimmungen natürlich nur in den wenigsten Fällen kennen,

daß es heute möglich ist, das vor einem großen Kongress auszusprechen, was vor zwanzig Jahren noch nicht möglich gewesen wäre. — Ich erinnere an den großen Kongress der Arbeiterwohlfahrtspflege, der vor kurzem in Jena stattfand, weiter an einen Kongress der Frauenärzte in Wien, die bewiesen, daß es jetzt möglich ist, ohne Widerspruch zu finden — den man früher sogar innerhalb der Arbeiterklasse fand —, das Wort auszusprechen, das wir zuerst geprägt haben: Frauenerwerbsarbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß ist unvereinbar mit dem Zustand der Schwangerschaft bei der Frau. Gewiß werden wir dies Ziel nicht von heute auf morgen erreichen, vielleicht gehört dazu eine höhere Form der gesellschaftlichen Organisation. Diese Form wächst heraus aus dem, was wir überall werden sehen, die Keime spritzen hervor, und sozial Widerstände sich auch zeigen, soviel Fäden gesponnen werden, soviel Entschädigungen erstattet werden, soviel Leitartikel geschrieben werden gegen das Neue — das Neue wird und tritt in die Erscheinung als ein Gesamtorganismus, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt vereint wirken, um die gesamte Nation emporzutragen zu einer höheren Stufe der Kultur. Diese höhere Stufe der Kultur kann nur erreicht werden, wenn die geschlechtliche Belastung des Weibes bei den sozialen Reformen berücksichtigt wird. Es wird die Zeit kommen, und wir wollen Steine zu dem Bau dieser neuen Zeit beitragen, es wird die Zeit kommen, wo die Gebärbarkeit der Frau, wo die Frau als Mutter in ihrem Werte der Gesamtheit höher erscheinen wird als der materielle Wert, der aus der Arbeit der Frau in der Fabrik für die Dauer von neun Monaten während der Schwangerschaft herauspringt. Dieser materielle Wert steht viel tiefer als der Wert, den das Weib für die Gesamtheit schafft, indem sie kraft eines Naturgesetzes Kinder zur Welt bringt. Mann und Weib bilden einen Menschen, beide zusammen sind erst der eine Mensch, die Welt vergeht, die Kultur verfliehet, wenn nicht beide Geschlechter vorhanden sind. — Neben dem ersten großen Ziel, die geschlechtliche Belastung der Frau bei Maßnahmen der Sozialreform in den Vordergrund zu stellen, ist das zweite große Ziel dieses Kongresses, die Frauen zu befähigen, an diesem Ziel selbst zu arbeiten, nicht geführt vom Manne, sondern kraft schöpferischer eigener Initiative, kraft eigener Intelligenz diese Arbeit zu leisten, zugleich mit dem Manne, aber nicht geführt vom Manne. Denn nur die selbständig handelnde Frau, die sich ihrer Aufgabe bewußt ist und die intellektuell befähigt ist, sie zu lösen, kann zur Lösung des Gesamtproblems beitragen. Es gilt also, die Frau auszustatten mit jener Fähigkeit, die ihr gestattet, den Staat zu formen, so wie sie ihn will. Das Ziel kann nur erreicht werden auf dem Wege der staatlichen Mitwirkung. Der mit sozialem Inhalt erfüllte demokratische Staat muß das zur Durchführung bringen, und in diesem demokratischen Staat muß die Frau, die die Schmerzen und die Not ihrer Erwerbsarbeit fühlt, das, was die Zeit vom Staate erfordert, von ihm erzwingen. Derselbe Prozeß der Entwicklung, der den Mann emporgehoben hat, dahin, wo er heute ist, ist auch bei der Frau nötig. Wo wären die Männer, die heute oftmals recht selbstbewußt auf die Frauen herablicken, weil diese, wie sie sagen, nicht fähig sind, an leitender Stelle tätig zu sein, Initiative zu entwickeln, schöpferische Kraft in sich zu tragen, wenn die Männer nicht vor dreißig, vierzig Jahren von kleinen Anfängen an bis zur Gegenwart sich mit all diesen kleinen Fragen hätten beschäftigen müssen, die die soziale Reform in der Vergangenheit ihnen zu lösen aufgab. So ist es auch beim Weibe.

Zur Erfüllung dieser beiden Aufgaben beizutragen, das ist der Zweck dieses ersten großen Frauenskongresses. Es ist in der deutschen Arbeiterbewegung der erste große Arbeiterinnenkongress. All die Konferenzen, die im Laufe der Jahre und Jahrzehnte stattgefunden haben von Seiten der Sozialdemokratischen Partei, von Seiten der Gewerkschaften, der einzelnen Berufsverbände, konnten weder ihrem Inhalt noch ihrem Umfang nach an diesen Kongress heranreichen. Dieser Kongress soll ein neues Ziel aufstellen, er soll durch seine Arbeit die Einspannung der Wissenschaft in den Dienst unserer Bestrebungen erzwingen, er soll erreichen, die Aufmerksamkeit des gesamten Staates, der Behörden und der gesamten Öffentlichkeit auf diese Dinge zu lenken.“

(Hermann Jädel in seiner Begrüßungsrede auf dem Arbeiterinnenkongress in Gera. 11. und 12. Oktober 1926.)

so zahlen sie sehr oft den Hebammen die geforderte Sondervergütung. Obgleich in der Öffentlichkeit schon zu wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß derartige Sonderforderungen unzulässig sind, werden immer wieder Kassenmitglieder dadurch benachteiligt. Auch die Ausrede, daß die von den Kassen zu gewährende Entschädigung zu gering ist, entspricht nicht den Tatsachen. Die Gebühren, die die Krankenkassen den Hebammen gewähren müssen, sind in den einzelnen Ländern von den Regierungen festgelegt. Sie betragen für eine normal verlaufene Entbindung etwa 35 bis 40 M. Wenn die Hebammen mit diesen Entschädigungssätzen unzufrieden sind, so liegt es an ihnen, eine Erhöhung derselben bei den dafür maßgebenden Stellen zu beantragen. Diese können dann prüfen, ob eine Erhöhung der Gebühren gerechtfertigt erscheint. Auf keinen Fall dürfen die Hebammen jedoch auf Kosten der einzelnen Versicherten eine Erhöhung ihres Honorars zu erreichen versuchen. Die Wöchnerinnen haben die Pflicht, jeden Fall, in denen sie um eine Extraentschädigung angegangen werden, ihrer Krankenkasse zu melden. Erwähnt sei noch, daß diese Ausführungen und die angeführten Bestimmungen nicht nur bei der Wochenhilfe für die Mitglieder sondern auch für die Familienwochenhilfe der Angehörigen volle Geltung haben. K—s.

Ich bleibe dabei, die Sonne scheint dem Menschen nur einmal: in der Kindheit und in der frühesten Jugend. Erwärmt er da, so wird er nie völlig kalt, und was in ihm liegt, wird frisch herausgetrieben, wird blühen und Früchte tragen. Hebel

Berichte aus Fachkreisen.

Greiz. Vertreterversammlung. Fast vollständig hatten sich die Vertreter am Sonnabend, dem 20. Oktober, im Gasthof zum „Goldenen Anker“ in Greiz eingefunden.

Zur Beratung stand: 1. Der Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg. 2. Die Geschäfts- und Kassenberichte.

Kollege Reinhold erhielt zum ersten Punkt das Wort. Er arbeitete in 15stündigen Ausführungen das Wesentliche dieser äußerst wichtigen Tagung heraus, wobei er besonderen Wert auf vergleichsmäßige Beispiele für den Deutschen Textilarbeiter-Verband oder die Textilindustrie legte. Von einem ausführlichen Bericht kann Abstand genommen werden, weil dies schon an dieser Stelle geschah. Alle Anwesenden dürften aus diesem Vortrag die Erkenntnis genommen haben, daß die Gewerkschaftsbewegung längst den Kinderstühlen entwachsen, als ein lebensbejahendes Glied innerhalb unseres heutigen Staatslebens steht, das nach vollkommener Gleichberechtigung in der Wirtschaft iradret. Deshalb um so sicherer unser Ziel ins Auge gefaßt, durch kollektives Handeln zur wahren Menschenwertung.

Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Hertel gegeben. Er verwies auf den schriftlichen Bericht, der es jedem Funktionär ermöglichte, einen Einblick in die vielseitige Tätigkeit der Geschäftsleitung zu bekommen. So fanden statt bzw. wurden besucht oder besucht 152 Veranstaltungen, die sich auf Mitglieder-, Frauen-, Fabrik-, Branchenversammlungen, Vertrauensleute-, Betriebsräte-, Ortsverwaltungs- und sonstige Sitzungen, arbeitsgerichtliche Verhandlungen oder Verhandlungen vor Schlichtungsinstanzen, mit Behörden oder mit Unternehmern erstreckten. Bei diesen aufgeführten Veranstaltungen wurden 1892 männliche und 1495 weibliche, zusammen 3387, Personen gezählt.

Der Mitgliederstand hat sich zwar etwas gehoben, er kann aber noch nicht befriedigen. Zu groß ist noch die Zahl derer, die ernten wollen ohne zu säen und die sich bisher immer in Sicherheit wiegen, weil ja der Deutsche Textilarbeiter-Verband für sie mit arbeitet, im übrigen aber die Schlichtungsmaschinerie auch für die Unorganisierten mit Sorge. Wenn die letzten Ereignisse noch nicht genügen, diesen Leuten die Augen zu öffnen, dann wird es ein recht unangenehmes Erwachen dieser Träumer geben. Für alle organisierten Kollegen und Kolleginnen ist es Pflicht an Hand der leitgeführten Verhandlungen und mit dem Bebereiverband auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die uns bei Antreibung höherer Löhne entgegenstehen. Für die Forderungen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes: 1. Erhöhung des Spitzenlohnes um 15 Pf. und anteiliger prozentualer Erhöhung sämtlicher Lohnsätze, 2. Erhöhung der Affordspanne von 15 auf 40 Proz., hatte der Bebereiverband durch seinen Sprecher Dr. Frank nur Ablehnung befunden. Er ging sogar soweit, zu erklären, daß doch unsere Forderungen bezüglich der Affordspanne gar nicht ernst gemeint sein könnten. Die Textilindustrie hätte zurzeit unter einem solchen Preisdruck zu leiden, daß eine Lohnhöhung gar nicht in Frage kommen könnte, der Bebereiverband aber trotz aller Erschwernisse bereit sei, mit uns den gegenwärtigen Tarif zu verlängern. Um den Bestrebungen des Bebereiverbandes einen allgemeinen volkswirtschaftlichen Charakter zu geben, wurde wieder die alte Platte „von der Schraube ohne Ende“ abgepfiffelt. So klang es wie schon oft, den Textilarbeitern sei doch mit einer Lohnhöhung gar nicht gedient, wenn diese nur erneut eine allgemeine Preiserhöhung für alle Bedarfsgüter auslöse. Dann lägen aber die Textilarbeiterlöhne, wie beispielsweise die Geraer zeigten, mit 93,5 Pf. für die männlichen und 80,8 Pf. für die weiblichen Affordarbeiter so günstig, daß man sie ohne weiteres zu den in der Deutschen Textilindustrie erreichten Spitzenlöhnen zählen kann, deren sich der Bebereiverband durchaus nicht zu schämen braucht.

An diesen allen aufgemärrten Argumenten kann man feststellen, daß weder die Zeit noch Personenwechsel die Einstellung des Bebereiverbandes zum Lohnproblem änderte. Immer wieder muß die Arbeiterchaft vermittels ihrer Organisation dem Unternehmertum klar machen, daß sie nicht mehr willens ist, sich als Leineweber von ehedem abfertigen zu lassen. Nachdem auch nach drei Verhandlungen der Bebereiverband nur eine platte Ablehnung gegenüber den berechtigten Forderungen an den Tag legte, wird man in diesen Kreisen die volle Verantwortung an der weiteren Entwicklung tragen müssen. 77 Pf. Spitzenstundenlohn fordert die Textilarbeiterchaft an Stelle der bis jetzt gültigen 62 Pf. Mit der Durchführung dieser Forderung soll nur angestrebt werden, auch die Textilarbeiterlöhne der allgemeinen verteuerten Lebenshaltung anzupassen, und die große Differenz im Verhältnis zu den anderen Branchen etwas auszugleichen. Aber auch die Rationalisierung und das allwärts steigende Arbeitstempo erheischen es immer dringender, daß langsam mit dieser Entwicklung eine Besserstellung der Textilarbeiterchaft zu gehen hat, wenn nicht ein Nachlassen der so oft betonten notwendigen Qualitätsarbeit eintreten soll. Die Wege sind nun aufgezeichnet. Für die Textilarbeiterchaft wird es nicht schwer sein, den richtigen Weg zu gehen.

Dem Kassenbericht des Kollegen Schönfeld war zu entnehmen, daß wohl die etwas rückläufige Konjunktur nicht ganz spurlos an den Kassenbüchern vorüber ging. Zu Beforgnis liegt allerdings kein Anlaß vor. Starkeich zeichnete er den Umsatz in den verschiedenen Beitragslagen auf. Mit dem Durchschnittswert der Marke war er in der letzten Zeit nicht so recht zufrieden, hoffte aber auf einen recht kräftigen Aufschwung nach oben in den nächsten Wochen. Dieser ist nun unterdessen schon eingetreten, da erhöht an die Durchführung eines Generalkonferenzbeschlusses gegangen worden ist. In den meisten Unterverbänden in dieser Richtung bereits bei Beginn des Berichtes zur Durchführung gelangt. Besondere Erwähnung verdienen die Beschlüsse, die auch in Greiz und in der Umgebung der Textilindustrie in dieser Richtung bereits bei Beginn des Berichtes zur Durchführung gelangt. Besondere Erwähnung verdienen die Beschlüsse, die auch in Greiz und in der Umgebung der Textilindustrie in dieser Richtung bereits bei Beginn des Berichtes zur Durchführung gelangt.

Der Bericht des Kollegen Schönfeld war zu entnehmen, daß wohl die etwas rückläufige Konjunktur nicht ganz spurlos an den Kassenbüchern vorüber ging. Zu Beforgnis liegt allerdings kein Anlaß vor. Starkeich zeichnete er den Umsatz in den verschiedenen Beitragslagen auf. Mit dem Durchschnittswert der Marke war er in der letzten Zeit nicht so recht zufrieden, hoffte aber auf einen recht kräftigen Aufschwung nach oben in den nächsten Wochen. Dieser ist nun unterdessen schon eingetreten, da erhöht an die Durchführung eines Generalkonferenzbeschlusses gegangen worden ist. In den meisten Unterverbänden in dieser Richtung bereits bei Beginn des Berichtes zur Durchführung gelangt. Besondere Erwähnung verdienen die Beschlüsse, die auch in Greiz und in der Umgebung der Textilindustrie in dieser Richtung bereits bei Beginn des Berichtes zur Durchführung gelangt.

Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Neuregelung für berufsbüßliche Arbeitslosigkeit und neue Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung.

Die viel erörterte Frage des Unterstützungsbezuges der Saisonarbeiter, oder genauer gesagt, der berufsbüßlich Arbeitslosen, ist vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt in seiner Sitzung vom 23. Oktober neu geregelt worden. Es handelte sich darum, die starke Belastung der Arbeitslosenversicherung durch den wintertlichen Zustrom aus den baugewerblichen Berufen, aus der Landwirtschaft, dem Verkehrsgebiete und ähnlich stark durch die Saison beeinflussten Berufe in einer Weise einzuschränken, die sich nicht als unerträgliche Härte für die betroffenen Berufsgruppen auswirkt. Der im vorigen Winter beschrittene Weg einer Verlängerung der Wartezeit auf zwei bzw. drei Wochen für diese Berufe hatte sich nicht als gangbar erwiesen. Denn die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter waren mehr oder weniger alle dazu gekommen, diese Wartezeit wieder auf sieben Tage abzutürzen, und zwar insbesondere deshalb, weil auch in diesen genannten Berufen die Mehrzahl der Arbeitslosen einfach nicht in der Lage ist, sich während einer längeren Zeit aus eigenen Mitteln zu erhalten, wie es während einer verlängerten Wartezeit notwendig ist. Die Gewerkschaften mußten sich daher den Vorschlägen der Reichsanstalt, die auch jetzt wieder auf eine Verlängerung der Wartezeit, und zwar auf vierzehn Tage hinstellen, widersetzen, zumal eine Verlängerung der Wartezeit noch den weiteren Nachteil hat, daß sie jeden eintretenden Fall der Arbeitslosigkeit in den Berufen mit berufsbüßlicher Arbeitslosigkeit trifft, gleichgültig, ob die Arbeitslosigkeit nur eine ganz vorübergehende oder eine länger dauernde ist. Die Gewerkschaften haben sich dagegen abfinden müssen mit dem zweiten Vorschlag der Reichsanstalt, der von der anderen im Gesetz vorgegebenen Möglichkeit zur Entlastung von der berufsbüßlichen Arbeitslosigkeit ausging, nämlich dem Vorschlag einer Verkürzung der Bezugsdauer. Jedoch gelang es auch hier, die ursprünglichen Vorschläge bedeutend zu verbessern und die größten Härten auszumergen. Die vom Verwaltungsrat beschlossene Verordnung sieht vor, daß von den Landesarbeitsämtern eine bestimmte Kalenderzeit im Jahre als Zeit der berufsbüßlichen Arbeitslosigkeit anzuerkennen ist. Als Höchstfrist sind vier Monate bestimmt. Für die Außenberufe, für die die Regelung hauptsächlich in Frage kommt und die in einem besonderen Katalog aufgezählt werden sollen, können die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter eine Frist von drei bis vier Monaten festlegen, normalerweise in der Zeit zwischen dem 1. Dezember und 1. März, ohne jedoch an diese Termine gebunden zu sein. Während dieser Zeit beträgt die Wartezeit für die aufgezählten Berufe wie für alle anderen sieben Tage, soweit nicht nach 110 Abs. 2 ABA die Wartezeit überhaupt wegfällt. Der dann eintretende Unterstützungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung ist jedoch während der festgesetzten Frist auf sechs Wochen beschränkt und kann erst fortgesetzt werden, wenn die Frist abgelaufen ist. In der Zwischenzeit werden alle bedürftigen Arbeitslosen aus einer Sonderfürsorge unterstützt, die nach den Grundätzen der Krisenfürsorge aufgebaut ist und aus Reichsmitteln, evtl. mit einer geringen Beteiligung der Reichsanstalt, finanziert werden soll. Dieser Unterstützungsbezug aus der Sonderfürsorge wird in seiner Dauer auf den Bezug der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung nur zur Hälfte angerechnet. Es würde sich z. B. folgendes ergeben: Angenommen, berufsbüßliche Arbeitslosigkeit sei für das Baugewerbe anerkannt für die Zeit vom 1. Dezember bis zum 31. März. Der Bauarbeiter, der am 15. Dezember arbeitslos wird, hat nun zunächst eine sechswöchige Wartezeit durchzumachen bis zum 22. Dezember, erhält alsdann sechs Wochen Unterstützung, also bis Anfang Februar. Für die weiteren vier Wochen bis zum 1. März erhält er, soweit er bedürftig ist, Sonderunterstützung. Wenn er am 1. März immer noch arbeitslos ist, so kann er nunmehr wieder seinen Versicherungsanspruch geltend machen, und zwar, da er sechs Wochen versicherungsmäßige Unterstützung bereits bezogen hat und von den vier Wochen Sonderunterstützung nur die Hälfte, also zwei Wochen, angerechnet werden, noch für die Dauer von 26-8 Wochen = 18 Wochen. Hätte er keine Sonderunterstützung während des Monats Februar bekommen, so hätte er noch den Anspruch auf versicherungsmäßige Unterstützung von 26 Wochen.

Bemerkte wurde schon, daß die hauptsächlich in Frage kommenden Berufe in einem besonderen Katalog aufgezählt werden sollen, über den zurzeit noch verhandelt wird. Die Prüfung der Bedürftigkeit soll erfolgen wie in der Krisenfürsorge, wobei zu erwähnen ist, daß zurzeit über eine Reihe Verbesserungen dieser Bedürftigkeitsprüfung beroten wird.

Nicht besser ergeht es den Weibern und Weberinnen, die infolge schlechten Materials selten den tariflich garantierten, an und für sich schon niedrigen Affordrichtsatz (62,7 Pf. pro Stunde) erzielen. Wird von den Arbeitern der ihnen zustehende Tariflohn verlangt, so versucht man, und darin ist Herr A. groß, seinen Verpflichtungen zu entgehen, indem man die Betroffenen zu nicht vollwertigen Arbeitskräften stempelt. Behauptungen, die leicht widerlegt werden können.

Des weiteren ist zu bemängeln, daß bei Erledigung von Nebenarbeiten durch Weber und Weberinnen diesen der ihnen dafür zuständige Zeitlohn vorenthalten wird.

Herr A. als Betriebsleiter müßte eigentlich wissen, daß der § 3 Abs. 2 des Rahmentariffes für die städtische Textilindustrie vom 3. Mai 1927 auch für den Betrieb Geltung hat, dem er als technischer Direktor vorsteht.

Es ist wehrhaftig für eine Firma nicht rühmend, wenn sie in aller Öffentlichkeit auf ihre Verpflichtungen, die sich aus abgelaufenen Tarifen ergeben, hingewiesen werden muß.

Osnabrück. Die Ortsgruppe Osnabrück hat einen schmerzlichen, fast unerfindlichen Verlust erlitten. Unser treues Vorstandemitglied Kollege Max Danner ist durch den Tod von seinem schweren Leiden erlöst worden. Seine ganze Arbeitskraft hat er immer in den Dienst der Organisation gestellt. Seit 1918 war er ununterbrochen Mitglied der Ortsverwaltung, und seit Bestehen des Betriebsrätegesetzes Mitglied des Betriebsrates der Firma F. H. Hammerling A.-G. Schon lange Jahre vorher war er in anderen Orten in den Ortsverwaltungen des Verbandes tätig. Seine große Freude, in nächster Nähe sein 50jähriges Jubiläum begehen zu können, sollte leider nicht mehr in Erfüllung gehen. Die Ortsverwaltung steht trauernd an seiner Bahre!

Sein Vorbild soll uns stets ein leuchtendes Beispiel sein!

Im ganzen betrachtet stellt die neue Regelung weniger eine Verkürzung des Unterstützungsanspruches für die berufsbüßlich Arbeitslosen dar, als eine Verschiebung des Risikos von der Versicherung auf das Reich, denn von der Verkürzung der Bezugsdauer werden ja hauptsächlich nur diejenigen Arbeitslosen aus den Saisonberufen betroffen werden, die infolge eigener Einnahmen, insbesondere also wegen landwirtschaftlichen Bestandes oder sonstiger eigener Erwerbserlöse als nicht bedürftig anerkannt werden. Für die Versicherung dagegen bedeutet die neue Regelung eine wesentliche Entlastung, da nun immerhin ein Teil der wintertlichen Arbeitslosigkeit aus Reichsmitteln gedeckt wird und daher damit gerechnet werden kann, daß die Belastung der Versicherung im kommenden Winter nicht so hoch sein wird wie im vergangenen. Würde nämlich eine gleich starke Belastung wie im vergangenen Winter eintreten, so wäre die Aufnahme von Reichsdarlehen für die Versicherung unvermeidlich, abgesehen davon, daß an die Erhaltung irgendwelcher Reserven zur Bildung des Notfonds dann schon gar nicht mehr gedacht werden könnte. Die Aufnahme von Reichsdarlehen würde aber das Ende der finanziellen Selbstständigkeit der Reichsanstalt bedeuten und nicht nur für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung, sondern auch für die Arbeitsvermittlung und für den Ausbau der Arbeitsämter unangenehme Folgen zeitigen. Aus allen diesen Gründen stand der Verwaltungsrat vor der Notwendigkeit, eine Regelung zu treffen, die geeignet ist, finanzielle Ersparnisse zu sichern und die doch gleichzeitig sozialpolitisch verantwortet werden kann. Die Neuregelung muß selbstverständlich als ein Versuch gewertet werden, und erst nach den Erfahrungen des kommenden Winters wird man sagen können, ob diesmal der richtige Weg beschritten worden ist.

Im übrigen kann die Verordnung erst in Kraft treten, wenn die ergänzende Sonderfürsorge durch das Reich eingeführt worden ist. Hierzu bedarf es eines besonderen Reichsgesetzes, das der Reichstag nach seinem Zusammentritt verabschieden muß. Laut Beschluß des Verwaltungsrates ist der Präsident der Reichsanstalt erst dann ermächtigt, die Verordnung zu verkünden, wenn der Reichstag das entsprechende Gesetz über die Sonderfürsorge beschlossen hat. Als dann wird über die Einzelheiten der Regelung noch einmal berichtet werden.

Die gleichzeitig beschlossene Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung

Ist die erste, die der Verwaltungsrat erläßt. Bislang gibt noch die alte Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Februar 1928. Die neue Verordnung unterscheidet sich von der alten durch eine Reihe von materiellen Verbesserungen und durch eine größere Klarheit der Formulierung. So ist z. B. durch den neuen Wortlaut klar gestellt, daß die Kurzarbeiterunterstützung nicht nur zu gewähren ist, wenn in einem ganzen Betrieb oder mindestens in einer Betriebsabteilung Kurzarbeiter beschäftigt sind, sondern daß sie immer dann zu gewähren ist, wenn bei dem einzelnen Kurzarbeiter die Voraussetzungen des Bezuges vorliegen. An diesen Voraussetzungen ist an sich nichts geändert, so daß also nach wie vor die Unterstützung erst einsetzt beim Ausfall von drei vollen Arbeitstagen. Die weitergehenden Wünsche der Gewerkschaften, die Unterstützung auch bereits bei Ausfall von zwei Arbeitstagen zu gewähren, konnten leider nicht durchgeführt werden. Klargestellt wurde dagegen, daß der sogenannte Wochenschichtwechsel, der dem Ausfall von drei Arbeitstagen in einer Kalenderwoche gleichgestellt war, auch dann vorliegt, wenn in der Arbeitswoche nicht voll, sondern nur verkürzt gearbeitet wird. Es steht in diesem Fall der Ausfall von zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in jeder Kalenderwoche gleich. In der Höhe der Kurzarbeiterunterstützung bleibt zunächst der Grundfest aufrechterhalten, daß bei drei ausfallenden Arbeitstagen ein Tageslohn der Arbeitslosenunterstützung, bei vier ausfallenden zwei Tageslöhne, bei fünf ausfallenden drei Tageslöhne zu zahlen sind. Jedoch sind für Kurzarbeiter mit mindestens zwei Angehörigen weitere Steigerungen vorgesehen. Die entsprechenden Bestimmungen lauten folgendermaßen:

Kurzarbeiter mit mindestens zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen dürfen, wenn drei Arbeitstage ausfallen, bis zu zwei Tageslöhnen, wenn vier Arbeitstage ausfallen, bis zu zweieinhalb Tageslöhnen, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, bis zu dreieinhalb Tageslöhnen der Arbeitslosenunterstützung erhalten. Kurzarbeiter mit mindestens drei zuschlagsberechtigten Angehörigen dürfen, wenn drei Arbeitstage ausfallen, bis zu zweiinhalb Tageslöhnen, wenn vier Arbeitstage ausfallen, bis zu drei Tageslöhnen, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, bis zu vier Tageslöhnen der Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Bei der Wartezeit wurden gewisse Verbesserungen vorgenommen, indem der Satz gestrichen wurde, daß auf die acht Wartetage mehr als drei Tage in jeder Kalenderwoche nicht angerechnet werden dürfen. Infolgedessen kann die Wartezeit nun auch in zwei Wochen erfüllt werden. Dementsprechend genügt es auch, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor mindestens zwei Wochen (bisher drei Wochen) geruht hat. Bei der Prüfung der Anwartschaftszeit des Kurzarbeiters wurden die Erweiterungszeiten des § 59 Abs. 2 ABA mit eingeschaltet. Der Unterstützungsfall gilt in Zukunft nicht mehr als unterbrochen, wenn zwar die Voraussetzungen des Unterstützungsbezuges auf mehr als drei Kalenderwochen wegfallen, in dieser Zeit aber immer noch jeweilig zwei volle Arbeitstage in jeder Woche ausfallen. In diesem Fall kann die Unterstützung bei erneutem Ausfall von drei vollen Arbeitstagen ohne neue Wartezeit weitergewährt werden.

Neu eingeführt wurde ferner eine Bestimmung, wonach dem Kurzarbeiter aus Mitteln der Reichsanstalt auf Antrag diejenige Beitragsteile zur Krankenversicherung zu erstatten sind, die er nicht gewandt hat, um seine Weiterversicherung in der Mitgliederklasse oder Lohnstufe durchzuführen, die dem Kurzlohn zugänglich der Kurzarbeiterunterstützung entspricht. Es soll dadurch ermöglicht werden, daß der Kurzarbeiter, wenn auch nicht in seiner bisherigen Lohnstufe der Krankenversicherung, so doch jedenfalls in einer höheren als der seinem gestrichenen Lohn entsprechenden Klasse sich weiter versichert. Die Verordnung soll baldmöglichst in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1929 gelten.

Wie sich die Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung für die Textilarbeiterchaft auswirken dürfte, wird in einem besonderen Artikel nach Veröffentlichung des Gesetzestextes noch besprochen.



Für unsere Jugend

Geistige Höherentwicklung. — Herabsetzung der Arbeitszeit.

Wenn wir von Bildung reden, so verstehen wir hierunter nicht nur ein gewisses Maß von Wissen und Kenntnissen, das wir uns mechanisch angeeignet haben, sondern eine gewisse Erkenntnis über die verschiedenen Zusammenhänge des menschlichen Lebens. Um möglichst viel zu verstehen und klar beurteilen zu können, ist freilich ein gewisses Maß von Wissen notwendig; allein erst, wenn wir es geistig verarbeitet haben und es überall anwenden können, wo es gebraucht wird, wird es uns wahrhaft von Nutzen sein. Man darf unter Bildung um Gottes willen nicht jenes aufgeblasene Wesen gewisser Menschen verstehen, die sich ein paar Formeln und Regeln auswendig gelernt haben, die sie mechanisch anwenden und auf jeden verächtlich herabbliden, der dieses sogenannte „Wissen“ nicht besitzt.

Welche Stellung soll nun die Arbeiterschaft zur Bildung einnehmen? Wer immer sich im Leben umgeschaut hat, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß, wenn etwas erreicht werden soll, immer gewisse Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Das Ziel der Arbeiterschaft ist, die gegenwärtigen drückenden Verhältnisse, die der Kapitalismus geschaffen hat, zu überwinden und zur Höhe zu kommen. Dazu ist notwendig die Umgestaltung des Wirtschaftsapparates sowie eine Neuordnung der Gesellschaft überhaupt. Diese Aufgabe erfordert die volle Kraft der Arbeiterschaft. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder, der an diesem Werke mitzuarbeiten gewillt ist, sich nicht nur über das Ziel einig sein muß, sondern auch über die Mittel und Wege, wie man dahin gelangen kann. Um die Wirtschaft umzugestalten, muß ich über die Wirtschaft Bescheid wissen. Ich muß die verschiedenen Fäden kennen, welche die einzelnen Industrien miteinander verbinden. Ich muß aber vor allem die Grundbedingungen kennen, an welche die Industrie oder das Gewerbe, in dem ich arbeite, gebunden sind. Ebenso ist es mit der Erkenntnis der verschiedenen Gesellschaftsklassen. Mein Respekt vor der bestehenden Klasse, die heute auf dem Gipfel ihrer Macht steht, wird sofort nachlassen, wenn ich weiß, daß sie nur eine Stufe der menschlichen Entwicklung darstellt; ehe sie in Erscheinung trat, gab es andere Gesellschaftsklassen, welche das Szepter der Macht schwingen.

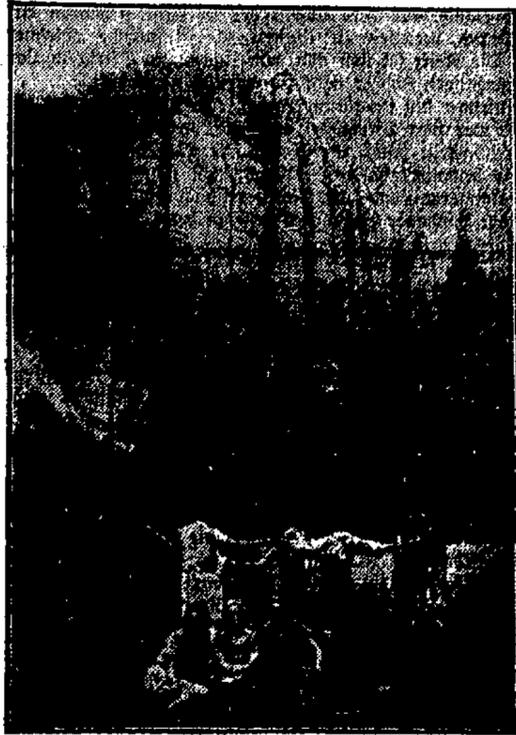
Das Interesse der herrschenden Klassen an einer Schulung und der Vermittlung einer ausreichenden Bildung der arbeitenden Klasse war von jeher sehr gering. Und das war ganz natürlich, denn je wissender ein Mensch wird, desto weniger läßt er sich gefallen; je mehr er über die Zusammenhänge in Staat und Wirtschaft sowie überhaupt über den Verlauf der menschlichen Geschichte unterrichtet ist, desto weniger wird er genehmen sein, sich still zu verhalten. Er wird sich vielmehr bemühen, tätigen Anteil an allem zu nehmen, um möglichst selbst sein Schicksal zu formen.

Einen Ausdruck dieses Willens finden wir in den Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung. Neben ihrer übrigen praktischen Arbeit bemühen sich Partei und Gewerkschaften, stets dem Bildungsstreben ihrer Mitglieder, welche ja den am meisten fortgeschrittenen Teil der Arbeiterschaft darstellen, gerecht zu werden. In unzähligen Vorträgen und Kursen, in Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Veranstaltungen wurde versucht, die nötigen Kenntnisse zu vermitteln. Durch Errichtung von Bibliotheken und durch Ausgestaltung der Presse wurde ein übriges getan, um dem Geist des Arbeiters die nötige Nahrung zuzuführen. Durch Herausgabe von Verlagswerten, welche die verschiedensten Fragen behandelten, wurde versucht, das Wissen zu vertiefen. Jedenfalls muß gesagt werden, daß alles getan wurde, was die beschränkten Mittel erlaubten, um das geistige Niveau der Arbeiterschaft zu heben.

Nach dem Kriege richtete auch der Staat sein Augenmerk mehr auf die Bildungsfrage. Volkshochschulen, die freilich auch schon vor dem Kriege, wenn auch in geringerer Anzahl, existiert hatten, entstanden. Der neue Staat brauchte neue Bürger; und es war deshalb schon selbstverständlich, daß dem einzelnen der Weg zu den Kenntnissen und zur Erkenntnis nicht durch unnütze Hindernisse verbarrikadiert wurde. Es war selbstverständlich, daß sich auch der organisierte Arbeiter diese Einrichtungen zunutze machte. Aber den Arbeiterorganisationen, und namentlich den Gewerkschaften, durfte das noch nicht genug sein. Da der Arbeiterschaft nach 1918 ganz neue Aufgaben erwachsen, mußte sie sehen, daß ihre ausführenden Organe, die Funktionäre, sich auch dieser Arbeit gewachsen zeigten. So kam man bald dahin, auch andere Schulungsmöglichkeiten zu erwägen. Und so sind dann allmählich die Wirtschaftsschulen entstanden. Auch die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. soll hier erwähnt werden. Diese Institutionen machen ihre Besucher innerhalb eines Zeitraumes von 10 Monaten mit den notwendigsten Fragen in Wirtschaft und Gesellschaft vertraut. Den Schülern ist Gelegenheit gegeben, sich intensiv und unter Anleitung wohlgeschulter und erfahrener Kräfte ein solides Wissen zu erwerben, mit dem sie später, wenn sie wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt sind, im Interesse der Bewegung arbeiten können. Die Gewerkschaften haben es sich angelegen sein lassen, diese Schulen regelmäßig zu besuchen. Eine ähnliche Einrichtung ist die Heimvolkshochschule in Tübingen bei Gera, welche jedoch mehr Weltanschauungsschule ist.

Wie stark das Streben nach Bildung heute ist, beweist auch wieder eine neue Einrichtung, die in Berlin getroffen wurde. Vor einiger Zeit ist dort ein sogenanntes Abendgymnasium entstanden, das folgenden Lehrplan aufweist. Es wird Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie,

Biologie und Englisch gelehrt. Später kommt noch Französisch und Latein hinzu. Der Stoff wird über fünf Jahre verteilt; der Unterricht findet an den ersten fünf Wochentagen von 19 bis 22 Uhr statt. Der Unterricht ist unentgelt-



Textilarbeiter-Jugend im Polenztal (Schl. Schweiz). (Im Sitzungssaal der „Schlichter“.)

lich, von einer geringen Semestergebühr abgesehen. Bedürftige erhalten auch die Lehrbücher kostenlos zugestellt. Das Mindestalter für die Besucher dieses Abendgymnasiums ist

Wie Liesel Holler Jugendleiterin wurde.

Es ist an einem Sonntag im März. Grau und unfreundlich das Wetter. Grau auch die Stimmung der Frau, die im ersten Stockwerk eines Hauses am Fenster sitzt. Lagaus, tagein sitzt sie dort, denn Gicht und Rheuma festelten sie an den Stuhl und machen sie hilflos wie ein Kind. Lange Jahre trägt Frau Bernd schon ihr Leben mit wahrhaft bewundernswürdiger Geduld. Nur eines bedrückt sie oft, daß sie ihrem Manne nicht Kameradin, Beggenossin sein kann. Nichts ist sie ihm als nur eine Last. Er aber umgibt sie mit sorgender Liebe und Güte. Das lastet oft schwer auf Frau Bernd, so auch heute wieder.

Während sie noch in schmerzliches Sinnen verloren auf die Straße starrt, erpäht ihr Auge ein junges Mädchen, das grüßend zu ihr hinauf winkt. Ein froher Schein huscht über die vergrämten Züge der Kranken und sie lacht gekostet zur Luft. Sie weiß, dieses junge Menschenkind hat immer eine kleine Freude für sie bereit und bringt ein wenig Sonnenschein in ihr bitteres Dasein. Nun klopfst es, und mit freundlichem Gruß tritt Liesel Holler, die Beitragskassiererin des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, ein: „Sehen Sie mal, was ich Ihnen mitgebracht habe!“ Mit diesen Worten reicht Liesel der Kranken ein kleines Straußchen Märzveilchen. „Der Frühling ist da!“ bemerkt sie noch, weiß aber nicht, daß sie selber wie der lebhaftige Frühling ausbleibt.

Nun geht sie zum Schrant und nimmt den Beitrag, welchen der Mann dort immer unter einen kupfernen Wasserkeßel legt. Frau Bernd aber empfindet bei den schnellen, elastischen Bewegungen des Mädchens doppelt ihre Hilflosigkeit. Der ganze Jammer ihres Daseins überkommt sie mit elementarer Gewalt, und sie bricht in haltloses Schluchzen aus. Liesel wendet sich erschrocken um und ist mit raschem Schritt am Sessel. „Frau Bernd“, fragt sie mitleidsvoll, „was haben Sie denn?“ Da trifft sie ein so schmerzliches Blick, daß sie ganz betroffen schweigt. Nun erst sieht das junge Mädchen, wie helle Tränen über die Wangen der Kranken rinnen. Heißes Erbarmen erfüllt Liesels Herz und sie schämt sich fast vor diesem hilflosen Menschenkind ob ihrer gesunden Glieder. Möglich-

18 Jahre. Nach obenhin ist keine Grenze festgesetzt. Wer die Abschlußprüfung besteht, erhält die Berechtigung, auf allen Hochschulen zu studieren. Mit dieser Einrichtung will man auch demjenigen den Weg zu einer höheren Bildung zugänglich machen, dessen Verhältnisse es ihm bisher unmöglich machten, sie sich anzueignen. Der überaus starke Andrang hat gezeigt, daß in den arbeitenden Klassen ein tiefes Bedürfnis danach besteht. Deshalb will man auch in anderen Großstädten ähnliche Einrichtungen schaffen. Es ist selbstverständlich, daß immer nur ein kleiner Bruchteil von Arbeitern diese Gelegenheit wahrnehmen kann. Solange die Arbeitszeit noch nicht weiter heruntergesetzt ist, ist die Schwierigkeit eines erfolgreichen Studiums noch zu groß. Denn Zeit gehört vor allem dazu. Kommt der Arbeiter früh genug nach Hause, so ist es ihm möglich, erst mit Ruhe sein Essen einzunehmen, dann sich ein wenig auszuruhen und schließlich sich in den Kursus zu begeben, um ohne Anstrengung den Darlegungen der Lehrer zu folgen. Wir sehen, daß auch in dieser Hinsicht eine niedrige Arbeitszeit die allergrößte Rolle spielt. Sie ist sogar die erste Voraussetzung für die Hebung des geistigen Niveaus der Arbeiterschaft sowie für den allgemeinen kulturellen Fortschritt. Alle Bildungsbestrebungen werden zunichte oder zumindest stark gehemmt, wenn eine lange Arbeitszeit den Arbeiter bzw. die Arbeiterin körperlich und geistig erschöpft. Die Gewerkschaften werden hier vor allem eine Aenderungschaft schaffen müssen. Vorbedingung ist natürlich wieder eine straffe Organisation selbst.

„Ilmus“.

Das Auto als Behandlungszimmer des Schulzahnarztes.

Die städtische Bevölkerung hat häufig weite Fußmärsche bei Wind und Wetter zurückzulegen, um im nächsten größeren Orte zahnärztliche Beratung erlangen zu können. Um nun trotzdem eine wirksame Schulzahnpflege ausüben zu können, hat man auf Veranlassung von Professor Rombowicz-Bonn ein Schulzahnarztauto konstruiert. Dieses Auto beherbergt ein vollständig eingerichtetes zahnärztliches Behandlungszimmer. Der elektrische Antriebs zur Bedienung der zahnärztlichen Apparate, zur Heizung, Beleuchtung und Sterilisierung geschieht dabei durch Anschließen eines Kabels an die Lichtleitung. Zur Befreiung der Kosten, die der Besuch der einzelnen Ortschaften durch das Zahnarztauto verursacht, sollen die einzelnen Landkreise herangezogen werden.

bricht es wie eine Saurzutat aus der Frau hervor, und Liesel hört von einem Leben, das reich an Mühe und voller Sorgen gewesen war. Hört, wie diese Frau schon als Schulmädchen in der Fabrik geknien bis gegen elf Uhr nachts, dann als junges Mädchen und später als Frau. Ihre Ehe blieb nämlich kinderlos und sie war ständig von dem Gedanken erfüllt, sich einen schönen Lebensabend zu schaffen. Der Sparzwang wuchs an bis zu 9000 Mk. unter vielen persönlichen Opfern und Entfagungen. Es kam aber die Inflation und verhängte das Ganze. Durch die Krankheit zur Unfähigkeit verdammt, wurde die Frau von der Sorge fast zerrieben. Die Schilderung all dessen kommt unfagbar bitter aus dem Munde der Kranken. Als sie geredet, weiß Liesel nichts zu sagen vor lauter Erschütterung. Sie streicht nur immer behutend über die von der Gicht ganz geschwollenen Hände der Frau, bis diese sich beruhigt. Dann verfährt das junge Mädchen mit stummem Gruß das Zimmer und kehrt im Flur einige Augenblicke keifand am Treppenhof. Das gequälte: „Warum? Warum?“ der armen Frau liegt Liesel noch in den Ohren. Auf ihrem weiteren Wege fragt sie nach über das Leben des Proleten. Sie sieht auf ihren Gängen soviel Rot und graues Elend, daß sie sich oft ganz verzweifelt fragt, wie da zu helfen sei. Und ungewollt steigt der Gedanke in ihr auf: „Warum bist du noch organisiert?“ Warum holst Du diesen Armen noch jede Woche den Beitrag aus dem Haus? Ist es nicht zwecklos? Jahrzehntelang kämpft nun schon die Arbeiterschaft um ihren Aufstieg und was hat sie erreicht?“ Der Versuch antwortet: „Nicht!“ Die Verzweifelt aber spricht: „Wie wenig im Vergleich zu der Rot, die ich oft sehe.“ Mehr und mehr gibt Liesel diesen Gedanken Raum und achtet darauf gar nicht auf ihre Umgebung. Plötzlich sieht sie sich einer Schar junger Menschen gegenüber. Ein blutroter Wimpel flattert voran mit dem Symbol des Textilarbeiter-Verbandes: die flachsummwundene Spindel, umgeben mit den Buchstaben D. T. A. B., leuchtend in Gold ausgeführt. Eine Jugendgruppe ist es. „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all. Der Bahn, der kühnen folgen wir, die uns geführt lassalle.“ So singen und jubeln diese jungen Menschen ihr Belohnung in den Märzabend hinein, unbekümmert um trübliche Blicke und höhnische Bemerkungen.

In Liesel aber kommt ein Gefühl der Beschämung hoch ob der Mitleidigkeit, die von ihr Besitz genommen. Das Lied dieser jungen Menschen erfüllt sie mit neuem Mut und lodender Begeisterung. In dieser Stunde gelobt sie sich, nicht müde zu werden im Dienste der Organisation, denn nur sie verbürgt Besserung der Verhältnisse für die arbeitende Klasse. In dieser Stunde auch erkennt Liesel die Bedeutung der Jugendbewegung, und nicht rüben und rufen will sie, bis es ihr gelingt, auch in ihrer Ortsgruppe die Jugend zu scharen um das rote Banner der freien Gewerkschaften. Zu tüchtigen Mitgliedern die Jugend erziehen, damit die Organisation mit derselben mache und fruchtbringende Arbeit leiste, auch in der Zukunft zum Segen für das schreiende Volk.

In der darauf folgenden Woche beginnt Liesel mit der Werberarbeit. Der Erfolg bleibt nicht aus und macht sie selber froh und zufrieden. Nach 6 Wochen feiert sie schon die offizielle Gründung. Enttäuschungen bleiben allerdings auch dieser Kämpferin nicht erspart. Wird es ihr einmal gar zu schwer, rüft sie sich das Lied der Jungfrau ins Gedächtnis zurück und sie strebt mutig vorwärts.

Josefine Barpiet.

Die **TEXTILARBEITER-JUGEND** ist wieder erschienen!

Aus dem Inhalt:
Rebellion. — Der 9. November. — Was uns interessiert. — Hermann Jäger † — Unser Preisausschreiben. — Aus den Besuchsgebieten: Die weiße Flode. — Mitteilungen.

Unterhaltung und Wissen

Der Weberaufstand 1844 und die sozialdemokratische Geldhilfe.

Von Theodor Müller-Breslau.

Wie Karl Marx den Hungeraufstand der Esulengebirgsweber im Juni 1844 beurteilt, sagt er in seinem Buche „Revolution und Konterrevolution“ wie folgt: „Die Aufstände der Weber in Schlesien und Böhmen, diese Erhebungen von Arbeitern, nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Unternehmer, gaben der sozialistischen Propaganda einen neuen Antrieb.“ In London hielten sich eine Anzahl deutscher politischer Flüchtlinge auf, die nun gemeinsam mit den dort beschäftigten deutschen Arbeitern eine Geldsammlung für die Angehörigen der im Hungeraufstand Gefallenen und der Internierten veranstalteten. Die Genossen sandten den Ertrag in Höhe von sieben Pfund Sterling an den Kunsthändler Karisch in Breslau. Sicher hatten sie dessen Adresse durch Wilhelm Wolff erfahren, der unmittelbar nach dem Aufstand, wegen seines Eintretens für die schlesischen Weber, hatte ins Ausland flüchten müssen. Karisch überlieferte das Geld dem Kandidaten Weinert, der als Hauslehrer bei dem Baron von Sebert-Thoß in Olbersdorf im Esulengebirge wirkte. Weinert nahm die Verteilung des Geldes, nachdem er amtliche Erfindigungen eingezogen hatte, in der von den englischen Genossen gemünzten Weise vor.

Bei den Tumulten in Peterswaldau und Langenbielau hatte einer der Weber sein rotes Taschentuch an den Stock gebunden getragen; daraus hatte die reaktionäre Fama das Tragen einer roten Fahne konstruiert. Gar zu gern hätte man diesen Aufstand als die Folge sozialdemokratischer Propaganda hinzustellen beliebt, kommunistische Propaganda sagte man damals. Doch ließ sich beim besten Willen dafür kein Anhalt finden.

Nun versuchte der Landrat des Kreises Reichenbach im Esulengebirge, von Brittmay-Gaffron, einer sozialdemokratischen Verbindung mit dem Aufstande auf die Spur zu kommen. Am 15. Januar 1845 fragte er den Magistrat von Reichenbach an, welche Bewandnis es mit der in Nr. 105 des „Wanderer“ unter der Überschrift: „Die deutschen Arbeiter in London sammeln für die schlesischen Weber“ angezeigten Verteilung der in England gesammelten Unterstützungsbeträge habe. Auch sollte ihm der Magistrat angeben, welche Gründe den Senator veranlaßt haben, das fragliche Schreiben, welches voller kommunistischer Aufregung ist, zum Druck zuzulassen?

Der Magistrat antwortete, daß ihm bekannt sei, daß die Verteilung der englischen Gelder stattgefunden habe. Der Kandidat Weinert hätte die Gerichtsbeschlüsse Schnabel und Neumann in Langenbielau in Schreiber und Schneider in Peterswaldau hinzugezogen. Es sei genau im Sinne der Spender verfahren worden und den Leuten wurde der auf sie entfallende Betrag in Gegenwart der Scholzen von Weinert ausgehändigt. Die Empfänger waren Bedürftige und die Einteilung und Verteilung erfolgte unter der Mitwirkung der örtlichen Behörden. Der Magistrat bestritt, daß einer derartigen Unterstützung ein gesetzliches Hindernis entgegenstehe, er halte sie sogar vom moralischen und vom christlichen Standpunkte aus für sehr willkommen. Die Gerechtigkeit hätte die Uebeltäter bestraft; es sei nur gerecht, wenn der Wohltätigkeitsfuss das Elend der unglücklichen Familienangehörigen zu mildern suche.

Der Senator, der Pastor Weinhold in Reichenbach, erklärte: Er habe dem Auftrag im „Wanderer“ das Imprimatur erteilt, weil er ihm völlig unerschrocken und für manche Leser recht lehrreich erschienen sei. „Wie könnte eine Unterstützung, die unseren dürftigen Webern aus der Ferne zufließt, etwas Befehliches haben, da sich unter uns nicht ein Verein für den gleichen Zweck gebildet hat und da sogar das Königs-Kollegium in der Hauptstadt der Fürsorge für das Wohl

der arbeitenden Klassen das Allerhöchste Wohlwollen zuwendet? Wie kann ferner eine Stimme aus fremden Lande als gefährlich zurückgemessen werden, welche ausdrücklich erklärt, daß politische Tendenzen ihr fern seien, und die allen denen, welche etwa von Emanzipation plaudern, zu bedenken gibt, daß nur eigene Bildung und gute Erziehung der Kinder einen Stand der Gesellschaft zu emanzipieren vermöge?“ Von diesen Gedanken sei er ausgegangen, als er der Notiz die Druckgenehmigung erteilte.

Der Redakteur des „Wanderer“, D'Dench, der sich wenige Jahre später als ein charakterfester „Achtundvierziger“ erwies, hatte, erklärte, er glaube aus dem Inhalt des in Rede stehenden Artikels keinen Grund herleiten zu können, die Aufnahme abzulehnen zu müssen. Die Notiz sei ihm von dem Kaufmann Dierig in Langenbielau zugegangen und er habe sie wörtlich abgedruckt.

Der Einfender des sozialdemokratischen Rundschreibes in das bürgerliche Blatt war Herr Dierig, der wenige Monate vorher das Schicksal Zwanzigers geteilt hatte, indem ihm die Weber einen Teil seines Eigentums demoliert hatten. Nun braucht man nicht zu glauben, daß der Hungeraufstand den Mann plötzlich umgeändert und zum Freunde der Londoner Sozialisten gemacht hatte. Nein, Herr Dierig

war verärgert; die Gebrüder Dierig hatten sich an den Staat gewandt um eine Unterstützung zur Wiederaufnahme des Geschäfts. Der Oberpräsident v. Merdel hatte sie abgewiesen und erst nach Jahren erhielten sie eine Staatshilfe in Form von vierzehn neuen Maschinen und Geld. Die weiteren erneuten Gesuche hatten keinen Erfolg, obgleich die Dierigs ihren Betrieb deshalb einschränkten und Arbeiter entließen.

Der Landrat v. Brittmay-Gaffron war der Vorsitzende des Reichenbacher Kreisstützvereins für arme Spuler, Spinner und Weber. Dem Breslauer Zentralvorstand dieses Vereins gehörte auch der General Graf Brandenburg, der spätere preussische Staatsminister, an, der den Webern sein warmes Herz durch die Spende „blauer Bohnen“ bewiesen hatte. Der Schlesier Wih. Wolff kannte die Verhältnisse, und daher ist es erklärlich, daß die deutschen Genossen in London ihrer Sammelverträge nicht diesem Vereine überließen, sondern durch vertrauensvolle Personen ihn direkt verteilen ließen.

Da sich die Grundlagen für eine sozialdemokratische Ursache des Aufstandes durch diese Geldsendung nicht erbringen ließen, wurde der Vater der politischen Loophole Wih. Stieber nach Schlessen entsandt, der dann die „Warmbrunner Verschwörung“ entdeckte.

Das Volk als Träger der Geschichte.

Von „Geschichte“, die Gewordenes nicht anders erklärt als Auswirkung der Tätigkeit „großer“ Fürsten und Politiker und der besseren Klassen in den kriegerischen Zusammenstößen, wird die schaffende Bevölkerung eines bestimmt nicht erfahren: ihren eigenen Anteil an der Entwicklung der Menschheit und die Aufgabe, die sie ihr zu stellen hat. Daß heute noch immer Millionen den Phrasen von der guten, alten Zeit anhängen und den Leuten horchen, die Kürassierfelle als den eigentlichen Motor des Aufstieges betrachten, ist sicherlich eine Folge jener bis zum Zusammenbruch der Monarchie, ja vielleicht noch heute in den Schulen üblichen Geschichtsdarstellung, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zuständen und Ansprüchen im politischen Geschehen keine Aufmerksamkeit schenkt. Und wenn jene Verbundenheit mit der Republik, die sie als selbstverständlichen Zustand politischer Ordnung betrachtet, heute noch in weiten Teilen des deutschen Volkes nicht vorhanden ist und an deren Stelle Gleichgültigkeit gegenüber der Staatsform, verborgen hinter dem Einwand „unpolitischer“ Gesinnung, herrscht, die die aufgebende Arbeit für die Interessen des arbeitenden Volkes auf sozialem und ökonomischem Gebiete so ungeheuer erschwert, so ist das gewiß eine Erscheinung, die auf das lebhafteste bekämpft werden muß.

Doch wird solch Bemühen nur erfolgreich sein, wenn aus der Geschichte die Lehren gezogen werden, die jedem Volksgenossen seine unmittelbare Verflochtenheit in ihrem Lauf nachweisen. Nur dann kann jener „unpolitischen“ Einstellung zu Leibe gegangen werden, die einst den deutschen Monarchen und ihren Beauftragten ihr dynastisches und machtpolitisches Spiel im Interesse der kapitalistischen Klasse erleichterte. Gut und Blut und Arbeit des Volkes zu Spielmarken weniger herrschender Gruppen machte.

Zu solcher Aufklärung und Erziehung der Massen, die von höchster Bedeutung für den Erfolg aller politischen wie gewerkschaftlichen Arbeit der proletarischen Klasse, ist ein vortrefflicher Führer die „Geschichte des deutschen Volkes“ von Dr. Fritz Wueffling. In zusammenfassender Darstellung führt sie ein in

den soziologischen Werdegang der deutschen Entwicklung seit dem Zusammenbruch des friderizianischen Preußens, des deutschen Absolutismus überhaupt. Was in der bisher üblichen Geschichtsschreibung erscheint als Zufälligkeit, als „nationales“ Unglück und wie die Ausreden für monarchistische Lobhänger sonst heißen, gewinnt in der Wuefflingschen Auffassung der Geschichte als einen organischen Zusammenhang von sozialer, politischer und wirtschaftlicher Entwicklung jenen Charakter der Gesetzmäßigkeit, die Ursache und Wirkung verbindet. Das Volk in seiner Gesamtheit erscheint nunmehr als Träger der geschichtlichen Entwicklung und zugleich wird klar, wo aus seinen Interessen fremden Rücksichten gegen sein Wohl gefündigt wurde, wie es zur Katastrophe von 1914 kam, die so schweres Leid nicht nur über Deutschland brachte.

Für den Gewerkschaftler wie überhaupt den Funktionär der proletarischen Klassenbewegung von besonderem Werte sind Wuefflings Schilderungen der gewaltigen Rolle, die das Verhältnis von Kapital und Arbeit, von Proletariat und kapitalistischer Wirtschaftsordnung, das in der eingangs umrissenen Geschichtsauffassung überhaupt keinen Platz hat, in der modernen Entwicklung Deutschlands spielte. Hier zeigt sich am tiefsten die Wechselwirkung von politischem Willen und geschichtlichem Resultat, die entscheidend zu beeinflussen Aufgabe der proletarischen Klasse und Voraussetzung des Heranwachens der Arbeiterschaft zum beherrschenden Faktor im modernen Staat ist: Wueffling, der überzeugte Republikaner und Sozialist, hat sein Werk mit dem pädagogischen Ziel geschrieben, das ihm Lebensinhalt ist: die Massen zu begeistern für ihre eigene Aufgabe in der Kulturentwicklung der Menschheit und sie loszulösen von jener verhängnisvollen Einstellung, die Politik als Aufgabe von Fachleuten begreift.

Es geht dabei um das Geschick der Masse selbst, und sie selbst muß eingreifen können, um ihr Schicksal zur Freiheit und Gleichheit gestalten zu können. Dazu ist eben Voraussetzung, daß sie ihre Aufgabe in der Entwicklung erkennt. Die Elemente hierzu hat Wueffling in seiner „Geschichte des deutschen Volkes“ gegeben.

Das Werk ist jetzt auch in einer Volksausgabe etwa 400 Seiten stark in bester Ausstattung zum billigen Preise von 3,75 M., in Leinen gebunden, erschienen und von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhältlich.

Kein Gewerkschaftler sollte veräumen, sich dieses wertvolle Geschichtswerk zu beschaffen. Die Ortsausschüsse des ADGB, sowie deren Funktionäre vermitteln die Bestellungen.

Der Baldamus und seine Streiche

Roman von D. Böhrl.

Herausgegeben und zu beziehen durch: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin, Sells-Alliance-Platz. (26. Fortsetzung.)

Der Hochschwanz sah sogar zu einem Franken aus eigener Tasche und ließ uns Wein holen. Wir mußten uns in der Garage aufhalten. Damit uns der Herr nicht sah. Dann kamen die drei heraus und ließen sich unsere Erlebnisse erzählen. Ich schwieg und die drei schätzten in einem fort und sag, was nur herauskam. Dem Herr war wirklich nur wohl, wenn er seine werte Persönlichkeit recht da herausstreichen konnte. Besonders die Rücksichten war kein Fall, die Spekulation auf die Tränendrüse seiner Klienten. Auch hier verlagerten seine gewohnten Mittel nicht. Als wir weitergingen, belamen wir Fleisch und Brot und eine kleine Kaffeebohne mit. Und als uns gar die drei zum Abschied die Hände drückten — man glaubt gar nicht, wie weich eine Handhabe sein kann — grüßte ich das so an, daß ich nicht ein wenig davon haben konnte für all die Freundschaften. Sogar der Herr sah mich durch dieses Erlebnis den Gedanken an die Reichtümer wieder in den Bereich der Möglichkeit gerückt und zeigte dies durch schweiges Schweigen. Da plötzlich platzte er heraus: „Du, Böhrl, du weinst heute nacht nach mir; die wird sich sogar nach mir umsehen. Ich habe ihr großartig imponiert!“ „Was hast du denn gemacht?“ „Aha!“ „Am liebsten hätte ich ihm das Wort in der Antwort gegeben.“

„Denn wir wieder den Weg nach Steg kennen, marschierten wir weiter. Dabei habe ich die drei fährlichen und merkwürdigen Erlebnisse meines bisherigen Lebens. Ich auf die Größe der Welt und die Unmöglichkeit, übernatürlichen Mächten gehorchen zu können, und die Unmöglichkeit, in einem Fischmarkt leben zu können.“ „Du weinst heute nacht nach mir; die wird sich sogar nach mir umsehen. Ich habe ihr großartig imponiert!“ „Was hast du denn gemacht?“ „Aha!“ „Am liebsten hätte ich ihm das Wort in der Antwort gegeben.“

besonders mehr an das magische Lichtquadrat zu denken. Nach kurzer Zeit teilte sich der Weg, links führte er über das Gebirge, rechts stand eine Tafel mit der Aufschrift: „Par le littoral“. Das war der Strandweg. Weil wir uns für keinen der beiden entscheiden konnten, zogen wir Halme. Der Gebirgsweg zog dreimal den kürzeren, so gingen wir denn den anderen. Etwa eine halbe Stunde lang. Das Meer sahen wir nicht, wir hörten nur ein weites, unbekanntes Brausen. Zu beiden Seiten vom Wege ab zogen sich Weinsfelder hin, die alle überhöht waren. Allmählich wagte sich der Mond heraus und zeichnete eindringliche Schatten; die Rebstöcke wurden schwarz wie ein Heer von Grabkreuzen. Als wir ein Brücklein trafen, setzten wir uns auf die Randsteine und packten die Borräte auf. Die gestotenen Kastanien schmeckten wunderbar. Auf einmal erschrak ich. Der Schluß blieb mir im Schlund kleben. Gerade vor uns am Hügelrand stand ein weißes Haus, davor eine Gestalt wie eine Nonne oder sonst eine Frau mit altmodischer, schwarzer Tracht, die auf uns zukam; nein, jetzt ging sie wieder zurück; jetzt wurde sie größer und kam wieder näher, sie nach links und nach rechts, als schritte sie ein aufgezeichnetes Kreuz ab. Dabei — ich sah es ganz deutlich — bewegte sie sich gar nicht vom Fleck. Der Kojoder, der meinen Blicken gefolgt war, wurde lässig im Gesicht, packte mich trampfhaft ums Handgelenk und jächte: „Hörst du, bin ich leibhaftig oder spinnt ich oder siehst du das auch, Loni bei dem Haus? Jetzt kommt's auf uns zu! Mir wird's unheimlich!“ Der helle Schweiß stand ihm auf der Stirn und hörbar schlugen seine Zähne aufeinander. War das mein frecher, unerfahrener Kojoder? Uns beiden kam der gleiche Einfall. Wir ließen das Essen liegen, die schönen, gestotenen Kastanien, und rannten, was gibt du, was hast du, den Weg zurück. Zum Herweg hatten wir sicher eine halbe Stunde gebraucht. Den Rückweg liefen wir, hätten wir in höchstens einigen Augenblicken bewältigt. So schnell trieb uns die Angst. Doch muß es schon länger gedauert haben; denn der Kojoder hatte sich bei diesem Bettrennen vor sich selber gänzlich ausgegeben, lag langgestreckt auf dem Boden und schnappte erbärmlich nach Luft, wie einer, dem man den Hahn abgestellt hat, und der Rest fährt heraus mit färglichem Zischen. Lange mußte ich ihm zureden, bis er überhaupt aufstand und weiterging; so verortet war er. Auch mir hatte die Sache mächtig zugesetzt, ich hatte ein fortgesetztes Zittern in den Beinen, so wie man es hat, wenn man eine Last hob, die zu schwer für einen war.

Ehe wir nach Porto Maurizio hineinkamen und uns irgendwo

ablegen konnten, wurde es Tag. Mittags, als wir festhin gingen, waren überall Eigrabläter angeschlagen, in der verflochtenen Nacht sei der ganze Strandweg von einer Sturmflut überflutet worden. Dabei seien viele Menschen ertrunken oder sonstwie zu Schaden gekommen. Hätten wir am Abend zuvor den zuerst eingeschlagenen Weg weiter benutzt und wären wir nicht, durch unser Erlebnis veranlaßt, links über das Gebirge hinüber abgewandt, so wären wahrscheinlich auch wir zwei ertrunken wie die Ratten im Loch. Also ist es doch zu etwas nützlich, wenn einem die Nerven mal einen Streich spielen.

Lange hielten wir es in der Stadt nicht aus. Wir griffen tüchtig aus und waren froh, als etwas Sonne kam. Sonne ist der Kunden einzigste Freude! Schon eiliche Tage hatte es mich auf meinem Rücken so seltsam gequält. Wenn ich mich manchmal tragen mußte, und den Kojoder fragte, was das wohl sein könnte, lachte er nur: „Bienen, mein Junge, Bienen!“ Als wir in eine einsame Strandgegend kamen, kratzte auch er sich und sagte: „Ich will mir mal den Bienenstock etwas aus der Vogelperspektive ansehen!“ Wir setzten uns hin, entkleideten uns und suchten unsere Stauden ab. Mir wurde ganz erdbeberisch zumute, das Hemd wimmelte in allen Nähten, jeder Faden war lebendig, solche Viecher hatte ich mein Lebtag noch nicht gesehen. Eilig, klein, gelb, trabblich, manche mit einem schwarzen Flecken innen; so unangenehm durchsichtig waren sie, daß man die ganze Verdauungsmaschinerie sah. Wenn man eine von den fetten zwischen den Fingernägeln knickte, gab es einen leisen Knall und das rote Blut spritzte. Hei, wie wir wütelten und dreinschrien. Das gab eine ordentliche Läusejagd! Mit besonderer Brut gingen wir den Stammüttern dieses fruchtbaren Geschlechts zu Leibe. Die waren durch ihren mächtigen Umfang leicht erkennlich. Eine Anzahl holten wir aus den Nähten heraus und zerknickten sie standrechtlich. Insgesamt fanden wir vierhundertdreißig Stück, wie die Zählung ergab. Diesen gruben wir ein schönes Läusegrab, lockten sie nach kundlichem Ritus ein und setzten zwei Steden darauf, daran ein Blatt Papier mit der Aufschrift:

Hier beschlossen
413 ausgemästete Bienen
ihren Lebenslauf durch
Menschenhand.